Morgen-Ausgabe.

Annoncen-Annahme-Bureaus: In Posen außer in der Expedition bei Krupski (C. H. Ulrici & Co.) Breitestraße 14; in Gnesen bei Herrn Th. Spindler, Markt- u. Friedrichstr.-Ecke 4, in Grätz bei Herrn L. Streisand; in Frankfurt a. M.: G. L. Daube & Co.

Posener Zeitung.

Fünfundsiebzigster Jahrgang.

Annoncen-Annahme-Bureaus: In Berlin, Hamburg, Wien, München, St. Gallen: Rudolph Mosse; in Berlin, Breslau, Frankfurt a. M., Leipzig, Hamburg Wien u. Basel: Haasenstein & Vogler; in Berlin: A. Retemeyer, Schloßplatz; in Breslau: Emil Kabath.

Nr. 400.

Das Abonnement auf dies mit Ausnahme der Sonntage täglich erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 1½ Thlr., für ganz Preußen 1 Thlr. 24½ Sgr. — Bestellungen nehmen alle Postanstalten des In- u. Auslandes an.

Dienstag, 27. August

(Erscheint täglich zwei Mal.)

Inserate 2 Sgr. die sechsgespaltene Zeile oder deren Raum, dreigespaltene Reklamen 5 Sgr., sind an die Expedition zu richten und werden für die an demselben Tage erscheinende Nummer nur bis 10 Uhr Vormittags angenommen.

1872.

Abonnements auf die Posener Zeitung pro Monat September nehmen sämmtliche Postanstalten zum Betrage von 18 Sgr. 2 Pfg. an. Bestellungen bitten also jetzt gefäll. direkt und bald bei denselben zu machen.

Expedition der Posener Zeitung.

Baiern und das Reich.

Es ist vor und bei der Begründung des deutschen Reiches die Auffassung zu Tage getreten, daß das Königreich Baiern innerhalb des Reichsverbandes noch für eine längere Zeit eine ganz besondere Stellung einnehmen werde, man kann nicht behaupten, daß diese Auffassung durch den Gang der Ereignisse seitdem widerlegt worden ist. Der nationalgesinnte Theil der bairischen Bevölkerung hat durch den Mund seiner Vertreter im Reichstage zwar in Abrede stellen lassen, daß Baiern für alle Zukunft auf eine besondere Stellung innerhalb des deutschen Reichsverbandes Anspruch erhebe, und wir haben auch keinen Grund daran zu zweifeln, daß es der aufrichtige Wunsch dieses Theiles der bairischen Bevölkerung ist, „die bairischen Vorbehalte" möglichst bald beseitigt zu sehen; dagegen können wir uns nicht der Hoffnung hingeben, daß die maaßgebenden Kreise in Baiern sich derselben Auffassung zuwenden werden und es wird schon mit Dank aufzunehmen sein, wenn die bairische Regierung sich im Großen und Ganzen der leitenden Politik des deutschen Reiches anschließt und die besonderen Vorrechte, welche Baiern in der Reichsverfassung eingeräumt sind, nicht dazu benutzt, um die Aktion des Reiches nach Außen hin zu lähmen. Daß von Seiten Baierns keine namhafte Förderung solcher Maaßregeln zu erwarten ist, welche das deutsche Reich im Innern einheitlicher zu gestalten bezwecken, wird man sich schon gefallen lassen müssen, wie wenig dieses auch den Erwartungen entspricht, mit welchen sich vielleicht der Eine oder Andere früher getragen haben mag. Daß jedoch der Einfluß, welchen Baiern in Fragen der auswärtigen Politik auszuüben vermag, nur in einem Sinne zur Geltung gelange, wo er die Machtstellung des Reichs nach Außen hin erhöht, das ist eine Forderung, welcher sich die baierische Regierung nicht wird entziehen können. Es hat in den weitesten Kreisen Befremden erweckt, daß nach dem Tode des bairischen Ministers des Aeußern, Grafen Hegnenberg-Dux das Gerücht Bestand gewinnen konnte, der bairische Gesandte in Stuttgart, Herr von Gasser, sei zum Nachfolger desselben ausersehen, ein Gerücht, welches sich erfreulicherweise nicht bestätigt hat. Schon der Umstand aber, daß die Ernennung eines solchen Partikularisten wie des Herrn von Gasser zum bairischen Minister der auswärtigen Angelegenheiten eine Zeitlang für möglich gelten konnte, ist nicht dazu geeignet, das deutsche Volk über die in den maßgebenden Kreisen Baierns herrschenden Anschauungen von dem Verhältniß Baierns zum deutschen Reiche zu beruhigen. Die große Zeit, welche wir erlebt haben, hatte freilich auch in diesen Kreisen eine nationale Hingebung hervorgerufen, welche ja ganz wesentlich der Wiederaufrichtung des deutschen Reiches zugute gekommen ist; es scheint indessen, als wenn nachträglich ein gewisses Bedauern darüber sich einzufinden beginne, daß die Souverainetät der Krone Baiern eine solche Minderung erfahren habe als wenn die damals gebrachten Opfer jetzt, wo die Auffassung der politischen Verhältnisse eine mehr nüchterne geworden ist, als zu große beklagt wurden und als wenn sogar auf diese Wandlung in den Anschauungen der maaßgebenden Kreise die reichsfeindlichen Parteien gewisse Hoffnungen begründeten. Es wird um derartige Befürchtungen einerseits und Hoffnungen andererseits niederzuschlagen, schon irgend Etwas geschehen müssen was über die wahren Anschauungen der maßgebenden Kreise Baierns keinen Zweifel länger zu hegen gestattet.

BAC.

Ueber die Aussichten, welche sich für das höhere Unterrichtswesen in Preußen durch den neuen Normal-Etat vom 10ten Mai d. J. eröffnet haben, bringt die „Breslauer Zeitung" folgenden Artikel:

Auf dem Gebiete des höheren Schulwesens in Preußen herrschte in den letzten 12 Jahren eine vorher nicht geahnte Regsamkeit. Eine sehr große Anzahl neuer Anstalten wurde gegründet; der Staat gab die Genehmigung, die Kommunen aber das Geld dazu. Es blieb ja auch gar nichts anderes übrig, als daß die Städte dem immer fühlbarer werdenden Mangel abhalfen, da der Staat es nicht thun wollte und in Folge seiner finanziellen Lage auch wohl nicht recht konnte. Auf diese Weise entstanden in Schlesien von 1860 bis 1872 nicht weniger als 20 neue höhere Lehranstalten. Selbst die jetzt „königlich" gewordene Realschule zu Reichenbach verdankt ihre Entstehung der Kommune.

Schlesien hatte nach:

	Gymnasien.	Progymnasien.	Realsch. I. Ordnung.	Realsch. II. Ordnung.	Höhere Bürgerschulen.	in Summa höhere Lehranstalten.
1860	21	0	4	2	0	27
1872	29	3	10	0	5	47

Aehnlich stellt sich das Verhältniß im ganzen Staate.

Die 8 alten Provinzen hatten:

	Gymnasien.	Progymnasien.	Realsch. I. Ordnung.	Realsch. II. Ordnung.	Höhere Bürgerschulen.	in Summa höhere Lehranstalten.
1860	139	31	32	26	3	231
1872	171	35	57	6	48	317

Mithin sind in den alten Provinzen unseres Staates innerhalb der letzten 12 Jahre 86 höhere Lehranstalten entstanden, von denen nur sehr wenige vom Staate allein erhalten werden. Der enorme Aufschwung des höheren Schulwesens in Preußen ist also wesentlich das Resultat der Opferwilligkeit der Kommunen. Die Städte aber konnten es wagen, höhere Lehranstalten zu gründen, so lange der Besoldungsetat der Lehrer ein niedriger war; denn einen jährlichen Zuschuß von 1000 bis 2000 Thlr. zu geben, fiel selbst Mittelstädten nicht gerade schwer. Anders jetzt. Durch den Normaletat vom 10. Mai, der ja den Lehrern von Herzen zu gönnen ist, wird der Zuschuß der Kommunen für ihre Gymnasien und Real-Lehranstalten fast doppelt so hoch als bisher; d. h. beispielsweise anstatt 1000—2000 Thlr. werden jetzt 3000—5000 Thlr. nöthig; die kleineren Städte ohne großes Vermögen kommen in die peinlichste Verlegenheit, denn der Herr Minister sagt: „Die Aufbringung der Zuschüsse bis zur Grenze ihrer Leistungsfähigkeit muß von den Kommunen und Stiftungen verlangt werden. Was über diese Grenze hinausgeht, wird event. die Staatskasse zu gewähren haben. . . . Der Staat kann und wird jedoch selbstverständlich nur bei solchen Anstalten helfend eintreten, deren Fortbestehen im öffentlichen Interesse geboten erscheint."

Nun hoffentlich ist das bei allen Anstalten der Fall, denn es wäre doch wirklich gar zu kläglich, wenn der preußische Staat bei seinen gegenwärtigen Mitteln höhere Lehranstalten aus Mangel an Fonds eingehen ließe. Den Kommunen aber bleiben zwei Wege übrig, das Fehlende aufzubringen: Erhöhung des Schulgeldes und der Kommunalsteuer. Durch Erhöhung des Schulgeldes machen sie sich gewissermaßen selbst Konkurrenz, da die Königlichen Anstalten die niedrigen Schulgeldsätze beibehalten und eine große Menge von Schülern den städtischen Schulen entziehen werden. Erhöhung der Steuer aber lediglich zur Erhaltung des Gymnasiums oder der Realschule zieht dem Institute oft einen demselben wenig förderlichen Haß zu. Immerhin aber wird für die bestehenden Anstalten in irgend einer Weise gesorgt werden. Wie aber steht es mit den in der Entwickelung begriffenen oder noch neu zu gründenden höheren Lehranstalten?!

Unsere Ueberzeugung ist einfach folgende. Tritt der Staat nich auch bei diesen helfend ein, dann hat der Herr Minister mit seiner wohlgemeinten Verfügung vom 20. Mai d. J. der Weiterentwickelung des Preußischen höheren Schulwesens einen Riegel vorgeschoben, der in vielen Jahren nicht beseseitigt werden kann. Das Jahr 1872 wird eine glänzende Epoche des Schulwesens in trauriger Weise abschließen; nur höchst selten werden von den Kommunen noch höhere Lehranstalten gegründet werden. Soll dies nicht das traurige Resultat der letzten für Tausende so segensreichen Verfügungen sein, so muß bald auf Abhilfe gesonnen werden, und diese kann eben wieder nur durch den Staat geschehen.

Wir meinen nämlich, daß für jede bestehende oder neu zu gründende kommunale höhere Lehranstalt ein für alle Mal ein vielleicht der Lehrer- oder Schülerzahl entsprechender Staatszuschuß festgesetzt werden muß. Selbstverständlich werden den Königlichen Behörden dafür gewisse partielle Rechte bei Besetzung der Lehrerstellen einzuräumen sein. Ohne einen solchen Staatszuschuß, den der Finanz-Minister nach Einkassirung der fünf Milliarden ja gar nicht verweigern kann, dürfte die Gründung von städtischen höheren Schulen auf lange Zeit hinaus lahm gelegt sein

Deutschland.

△ **Berlin**, 26. August. Der Telegraph hat gemeldet, daß der Kaiser wegen eines Fußleidens seine Reise nach Ischl aufzegeben habe. Aus brieflichen Mittheilungen, welche aus Gastein eingegangen sind, erfährt man nun näher, daß es sich um ein rein örtliches Uebel handelt, welches glücklicherweise ohne Rückwirkung auf das Allgemeinbefinden des Monarchen geblieben ist. Eine rheumatische Anschwellung in der linken Wade ist beim Auftreten und Gehen hinderlich und schmerzhaft, aber wenn der Fuß ruht, ist der Kaiser fast ganz ohne Schmerzen und das Allgemeinbefinden ist, wie gesagt, ein durchaus befriedigendes und der Kaiser ist in sehr guter und heiterer Stimmung.

Die Nachricht eines polnischen Blattes, daß der Bischof von Ermland an der Säkularfeier in Marienburg Theil zu nehmen gedenke, ist dahin gedeutet worden, daß dieser Entschluß in Folge einer von höchster Stelle ausgegangenen Einladung gefaßt worden sei, und daß es sich überhaupt bei der Feier um eine Demonstration handle, welche den Frieden zwischen der Regierung und dem katholischen Klerus einzuleiten dienen solle. Dazu ist denn doch die Bemerkung erlaubt, daß die Feier nicht von Oben her angeordnet, sondern aus Privatkreisen heraus vorbereitet worden ist, und daß die Einladungen dazu auch von einem Privatkomite ausgehen. Das ist aber gleichfalls sicher, daß man an maßgebender Stelle durchaus nicht gesonnen ist, dem katholischen Klerus und namentlich dem renitenten Bischof Krementz gegenüber, eine übelangebrachte Nachgiebigkeit an den Tag zu legen.

Ueber die Einführung neuer Aktien-Unternehmungen im Jahre 1871 liegt ein umfassender Bericht vor, welcher im Auftrage der hiesigen Kaufmannschaft verfaßt worden ist. Es wurden hier 42 neue Bankgesellschaften gegründet, deren Aktien fast alle einen über pari hinausgehenden Kurs erzielten. Weit größer war die Zahl der neu gebildeten Industrie-Gesellschaften. Es wurden in Berlin allein 104 solche Gesellschaften gegründet, von welchem 87 ein Aktien-Kapital von 80,262,750 Thlr. absorbirten. Von 17 Gesellschaften konnte das Aktien-Kapital nicht ermittelt werden. Von den 87 Industrie-Gesellschaften waren

9 Bergwerks-Aktien-Gesellschaften mit einem Kapitale von 13,136,000 Thlr.,

15 Brauerei-Aktien-Gesellschaften mit einem Kapital von 6,880,000 Thlr.,

14 Eisenbahn-Bedarfs-Aktien-Gesellschaften mit einem Kapital von 19,965,000 Thlr.,

5 Papier-Aktien-Gesellschaften mit einem Kapital von 2,570,000 Thlr.,

6 chemische Fabrik-Aktien-Gesellschaften mit einem Kapital von 2,869,000 Thlr.,

1 Versicherungs-Aktien-Gesellschaft mit einem Kapital von 1 Million Thlr.

und 37 Fabrik-Aktien-Gesellschaften mit einem Kapital von 33,842,750 Thlr.

Es wurde die größte Zahl der Gesellschaften gegründet im November (20) und Oktober (13). Das meiste Kapital beanspruchten die im Monat Oktober (12,722,000 Thlr.), Juni (11,530,000 Thlr.) und November (10,339,750 Thlr.) gegründeten Gesellschaften.

⊙ **Berlin**, 26. August. Ein Theil des Gefolges des Kaisers von Rußland ist bereits hier eingetroffen, und ebenso haben mehrere vornehme Oesterreicher, die dem Wiener Hofe nahe stehen, gestern ihr Quartier theils Unter den Linden, theils in unmittelbarer Nähe der österreichischen Botschaft aufgeschlagen. Der Kaiser Wilhelm beschleunigt seine Hierherkunft. Das Fußleiden, das ihm an dem Besuch des Kaisers Franz Joseph verhinderte, ist in keiner Weise bedenklich. Es datirt vom letzten Frühjahr und wurde durch einen Fehltritt beim Aussteigen aus dem Wagen veranlaßt. Die Schmerzen treten nur periodisch auf, sind dann aber äußerst empfindlich. Nicht fehlen wird, daß der Verzicht auf die Begegnung in Ischl die Konjekturalpolitik von Neuem in Unruhe versetzt, zumal die diesseitige offiziöse Presse von allerhand Intriguen zu erzählen wußte, die hier bei der Kaiserzusammenkunft ausgespielt werden sollten. Da das Fußleiden des deutschen Monarchen nicht ein fingirtes, sondern ein wirklich vorhandenes ist, so werden Alle, die sich von Neuem in pessimistischen Allarm-Gerüchten gefallen, sehr bald dahinter kommen, daß sie einer abermaligen falschen Prophetie sich schuldig gemacht haben. — Noch immer ist nicht bekannt, ob der König Johann von Sachsen der Kaiser-Entrevue beiwohnen wird. Daß der König von Baiern nicht kommen werde, darf wohl mit ziemlicher Bestimmung angenommen werden. Die meisten der kleineren deutschen Fürsten treffen in jedem Fall hier ein. — Im Finanzministerium herrscht eine ungewöhnlich rege Thätigkeit. Im Augenblick finden Berathungen darüber statt, wie viel Zuschuß den einzelnen Ressorts im Etat pro 1873 überwiesen werden kann. Außerdem unterliegen die Steuerumsatz-Interessen einer eingehenden Diskussion. Herr Camphausen wird wahrscheinlich im Stande sein, auf etwa 2 Millionen Thlr. aus den laufenden Steuer-Einnahmen zu verzichten.

— Im September des Jahres 1857 tagte in Frankfurt am Main der sogenannte „Internationale Wohlthätigkeitskongreß". Deutsche Mitglieder dieses Kongresses traten (am 16. September) zu einer Besprechung zusammen, deren Resultat die Veröffentlichung eines Aufrufs war, in welchem die Bildung von volkswirthschaftlichen Vereinen in größeren und kleineren Städten Deutschlands selbstständig oder im Anschluß an die bestehenden gewerblichen und landwirthschaftlichen Vereine vorgeschlagen wurde. Dieselben sollten bemüht sein, zur Verbreitung wichtiger volkswirthschaftlicher Begriffe und zur Anregung volkswirthschaftlicher Einrichtungen beizutragen. — Es trat hierauf ein Redaktions-Ausschuß zusammen, welcher, bis zur definitiven Organisation der Sache, durch einen künftigen Kongreß es sich zur Aufgabe machen sollte, ein Zusammenwirken der in jener Richtung thätigen Kräfte anzubahnen. Diesen Bestrebungen schloß sich zuerst der Zentralverein für das Wohl der arbeitenden Klassen zu Berlin an; derselbe bezeichnete sein Vereinsorgan, die „Zeitschrift für das Wohl der arbeitenden Klassen", welches vom 1. Juli 1858 ab erschien, zugleich als ein volkswirthschaftliches. Von Bremen und Berlin, namentlich von dem Zentralverein, ging sodann die Anregung zu einer Versammlung deutscher Volkswirthe zu Gotha aus, und in Gotha organisirte sich in Folge dessen ein Lokalkomite, welches diese Versammlung vorbereitete. Am 20. September 1858 trat daselbst die erste konstituirende Versammlung, von 108 Volkswirthen besucht, zusammen. Gleich in der ersten ordentlichen Sitzung gelang es, dem Kongreß eine feste Organisation zu geben, durch einstimmige Enblocannahme des noch heute geltenden Statuts, welches von einer vorbereitenden Kommission entworfen worden war. Im Eingange dieses Statuts heißt es: „Die Versammlung hat sich die Aufgabe gestellt, den Bestrebungen und Vereinen zur Verbreitung und Anwendung richtiger Grundsätze der Volkswirthschaft die Gelegenheit zu einem lebendigen persönlichen Austausche von Ansichten und Erfahrungen und ein Organ zur Kundgebung und Förderung dessen, was als richtig und nützlich erkannt wird, zu verschaffen. Dies soll geschehen durch einen volkswirthschaftlichen Kongreß mit periodischen Versammlungen und einer ständigen Deputation."

Der Kongreß findet womöglich alljährlich statt und wird durch die auf jedem Kongreß zu wählende ständige Deputation einberufen. Eine jede Versammlung wählt aus ihrer Mitte einen Präsidenten, zwei Stellvertreter und fünf Schriftführer. Die für verschiedene Gebiete der Volkswirthschaft zu bildenden Abtheilungen (Sektionen) wählen ihren Vorsitzenden, Schriftführer und Referenten selbstständig. Bei Beschlußfassung entscheidet die einfache Stimmenmehrheit. Die aus wenigstens neun Mitgliedern bestehende ständige Deputation, welche das Recht der Kooptation hat, führt die laufenden Geschäfte, sorgt für die Förderung der Zwecke und die Ausführung der Beschlüsse des Kongresses und erledigt die Korrespondenzen. Die bisher abgehaltenen volkswirthschaftlichen Kongresse tagten in Gotha (1858 vom 20. bis 23. September), in Frankfurt a. M. (1859 vom 12. bis 15. September), in Köln (1860 vom 10. bis 14. September), in Stuttgart (1861 vom 9. bis 12. September), in Weimar (1862 vom 8. bis 11. September), in Dresden (1863 vom 14. bis 17. September), in Hannover (1864 vom 22. bis 25. August), in Nürnberg (1865 vom 28. bis 31. August); in Braunschweig (1866 vom 4. bis 5. August) tagte die ständige Deputation des volkswirthschaftlichen Kongresses, bedeutend verstärkt durch Einladungen einer Anzahl von Mitgliedern außerhalb ihres Mittels, zugleich mit dem Ausschuß des deutschen Handelstages, dem Ausschuß des deutschen Nationalvereins 2c. Im Jahre 1867 tagte der Kongreß in Hamburg (vom 26. bis 29. August), 1868 in Breslau (vom 31. August bis 3. September), 1869 in Mainz (vom 1. bis 4. September). Nachdem dann die kriegerischen Ereignisse das Zusammentreten des Kongresses 1870 unmöglich gemacht hatten, tagte derselbe 1871 wiederum zu Lübeck (vom 28. bis 31. August) und findet in diesem Jahre zu Danzig statt, wo derselbe am 26. d. M. eröffnet wird.

(Reichsanzeiger.)

Frankreich.

Als Thiers letzte Woche nach Paris kam, um dem Ministerrath zu präsidiren, hatte derselbe auch eine längere Unterredung mit Gambetta. Der ehemalige Diktator zeigte sich bei dieser Gelegenheit äußerst gemäßigt und versprach, da die Lage eine äußerst schwierige sei, sich vollständig ruhig zu verhalten. „Sie irren Sich" — so sagte er zu Herrn Thiers — „wenn Sie glauben, daß ich in diesem Augenblick die Regierung zu übernehmen wünsche. Wenn ich heute an die Gewalt käme, so würde ich in der radikalen Partei keine fünfzig Präfekten finden. Ich habe die Erfahrung gemacht; in Tours hatte ich keine drei Personen, auf welche ich zählen konnte. Die radikale Partei ist auch nicht genug disziplinirt und würde nicht auf mich hören.

Sie sind allein der Mann, der mit ihr fertig werden kann. Nach fünf Jahren werden sich die Verhältnisse geändert haben, und dann werde ich möglich sein." Von Gambetta befragt, ob er glaube, daß Bismarck den Bestrebungen eines der drei Prätendenten (Ex-Empereur, Chambord oder Graf von Paris) unterstützen werde, rief Thiers lebhaft aus: „Nein! Keinen von diesen; wenn er einen unterstützen sollte, so würde es Plon-Plon sein." Nach der Ansicht des Präsidenten würde Bismarck für diesen sein, weil er einestheils der Schwiegersohn von Viktor Emanuel u. ein Feind der Jesuiten sei, u. andererseits, was die kriegerischen Eventualitäten anbelange, mehr Sicherheiten darböte als die übrigen drei Prätendenten. Bemerkenswerth war die Sprache Gambetta's Betreffs der Militär-Angelegenheit. Der ehemalige Diktator, welcher den Krieg noch nach dem pariser Waffenstillstand bis aufs Messer wollte, sprach sich gegen die Bildung von großen Armeen aus, da diese doch ganz unnütz sein würden. Im Augenblick u. für längere Zeit sei der Krieg unmöglich; derselbe könne nur zu einer neuen furchtbaren Niederlage Frankreichs und zu dessen vollständigen Untergang führen. Was Rußland anbelangt, auf welches Thiers hinwies, so meinte Gambetta, daß er auf dasselbe nicht blos das geringste Vertrauen habe, und fügte hinzu, daß in militärischer Hinsicht Frankreich sich in einer Sackgasse befände, aus der herauszukommen ihm vor der Hand unmöglich sei. Das Einzige, womit man sich im Augenblick beschäftigen müsse, sei die Reorganisation der Finanzen und der Verwaltung, um dadurch den Wohlstand des Landes zu heben. Thiers schien die friedlichen Ideen Gambettas nicht vollständig zu theilen, drückte jedoch die Ansicht aus, daß es Frankreich an talentvollen Generalen fehle, was die Lage noch zu einer schwierigeren mache. Gambetta beklagte sich Thiers gegenüber auch, daß er den Bestrebungen der Klerikalen so sehr Rechnung trage, worauf dieser erwiderte: „Ich habe die Priester nicht gern, aber was soll ich thun? Ihr Anhang ist mächtig, und dann sind sie die Einzigen, die in ihren Reihen gute Beamte haben. Die übrigen sind zu wenig disziplinirt und es ist mit ihnen nichts anzufangen." So waren ungefähr die Hauptpunkte der Unterredung. Ich füge noch hinzu, daß Thiers und Gambetta im besten Einvernehmen schieden, und daß die Unterredung, die Beide mit einander hatten, nicht nicht ohne Einfluß auf die neueste, so gemäßigte Haltung der „République Française", des Organs des ehemaligen Diktators blieb. Obgleich Gambetta seine Revanche-Ideen ebensowenig wie Thiers aufgegeben, scheint es doch, daß er nicht mehr glaubt, denselben so schnelle Genugthuung verschaffen zu können. — Wie man hört, ist die plötzliche Ankunft des Prinzen von Wales in Trouville keineswegs dem Zufall oder einer plötzlichen Laune desselben zuzuschreiben. Der Prinz kam nach der jetzigen Residenz des Präsidenten der Republik, da Lord Lyons, der sich gegenwärtig in London befindet, seine Regierung darauf aufmerksam gemacht hatte, daß es gut sei, Herrn Thiers eine kleine Aufmerksamkeit zu erweisen.

Das Gerücht, Thiers beschäftige sich in Trouville mit Planen zur Herstellung des Zweikammersystems, wird von Versailles aus halboffiziell als grundlos bezeichnet; auch der Plan einer theilweisen Erneuerung der National-Versammlung soll wieder aufgegeben sein.

Spanien.

Wie dem „Soir" aus Biarritz, 23. Aug., geschrieben wird, steht ein neuer Karlistenkreuzzug vor der Thür; am 22. ward dieser in einer Versammlung der Bandenführer unter Vorsitz des Don Carlos beschlossen. Die französischen Behörden legten die Hände in den Schooß. Auch zwischen den Alphonsisten und Sagasta, Alvareda, Abuscal und anderen Konservativen sind Verhandlungen im Gange; letztere verlangen Bürgschaften In Frankreich hält man die Lage Spaniens wieder einmal für höchst bedenklich.

Die „Gaceta" enthält einen Bericht über eine Niederlage der Banden Saballs, Huguet und Vila del Prat bei Vidra. Der Brigadier Hidalgo warf die Karlisten mit dem Bayonnet aus dem Dorfe und verfolgte sie in der Richtung vor Vallfogona. Von Seiten der Regierungstruppen wurden ein Kommandant, ein Offizier und acht Gemeine getödtet; verwundet wurde der die Kolonne kommandirende Brigadier Hidalgo; ein Kommandant, drei Offiziere und zwanzig Gemeine. Der Verlust der Karlisten besteht aus mehr als zwanzig Todten, von welchen dreizehn auf dem Kampfplatze zurückgelassen wurden und zahlreichen Verwundeten. Dreizehn Gefangene, darunter drei Priester, wurden gemacht. Der General Primo Rivero, ist mit dem Kommando der Nordarmee an Stelle des Generals les Gayon ernannt worden; der letztere liegt schwer krank in Vittoria darnieder. Im Norden und an der portugiesischen Grenze werden gleichfalls karlistische Bewegungen befürchtet Der Tiempo meldet, der Generalhauptmann von Sevilla ziehe von Neuem Truppen in dieser Stadt zusammen, da ihre Haltung nicht sehr beruhigend sein soll.

Portugal.

Einem interessanten Artikel der „N. Fr. Pr." entnehmen wir folgende Schilderung der Zustände in Portugal:

Portugal hat sich seit längerer Zeit damit zufrieden gegeben, die Rolle eines romanischen Holland zu spielen, auf nahezu verwelkten Lorbeern sitzend, seine Renten zu verzehren und sich auf die bekannte Eifersucht der Mächte unter einander als auf eine sehr haltbare Garantie seiner Sonder-Existenz zu verlassen. „Glücklich das Land, das keine Geschichte hat." Das ist ein Grundsatz, dem wenigstens in neuerer Zeit, einzelnen Ländchen nachzuleben nicht gerade schwer wird, da die Jungfrau Europa mit viel größeren Fragen und Gefahren beschäftigt zu sein pflegt, als daß sie sich wegen der inneren Häkeleien in Duodezstaaten graue Haare wachsen ließe. Alle neueren Zwiste innerhalb Portugals sind lokalisirte Explosionen gewesen, und seine Zerwürfnisse mit dem Auslande waren während der letzten Dezennien auf gewisse Schwierigkeiten finanzieller Natur beschränkt, auf die finanzielle Mißhandlung eines Konsortiums englischer Kapitalisten, welche in Portugal Eisenbahnen gebaut hatten und — wie sehr erklärlich — gewaltigen Lärm schlugen, als eines der vielen wechselnden Kabinette des kleinen Königreichs am Tajo eines schönen Tages auf den Gedanken kam, Eisenbahnen und Kassenbestände zeitweise zu konfisziren. Portugal hat seit Langem zu denjenigen Ländern gehört, welche England „in der Tasche" hatte, und dieses wendete ihm gerade so viel Wohlwollen zu, als dem Interesse eines Wucherers entspricht, seinem Schuldner wenigstens so viel Ellbogenraum zu gönnen, auf daß er fähig bleibe, die zur Abzahlung von Zinsen, Zinseszinsen und Damnum erforderlichen Kapitalien im Schweiße seines Angesichtes zu erwerben.

Das letztemal, wo Portugal sich, wie schon oft zuvor, mit blutiger Schrift in der Tageschronik verzeichnete, war jener Putsch, den der steinalte Saldanha eines heiteren Morgens in Szene setzte, als er mit einem Schwarm von Soldaten die königliche Schloßwache niedermetzelte und, in des Königs Gemächer eilend, diesem „blutwarm" die Hände schüttelte und sofort zum Premier-Minister erhoben wurde. Was Santa Anna für Mexiko, ist Saldanha für Portugal gewesen. Er war nahezu vergessen; er selbst hatte den Biographen zu lange gelebt, so daß auch sonst verläßliche Handbücher ihn schon als im Jahre 1860 verstorben verzeichneten. Seit jenem Putsch hat das kleine Königigich wiederum verschiedene Wandlungen von Kabineten vollzogen. Sobald eines derselben sich durch ein oder zwei Jährchen auf der fetten Kleewiese der öffentlichen Aemter gütlich gethan, steht Portugal immer am Vorabende einer Revolution, weil eine andere Serie von Politikern in dieselbe mastreiche Position zu gelangen wünscht. Es hatte demgemäß nichts Erstaunliches, als mitten in die Hundstagssaison die Nachricht fiel, man sei in Lissabon einer neuen Verschwörung auf die Spur gekommen. Die Vermuthung, daß es sich dabei um militärische Malkontenten handle, hat sich bestätigt. Portugal hat ebenso wie Spanien seine Ayakuchos, welcher Name, ursprünglich ein Spottname von Feiglingen, allmälig zur Charakterisirung des „politischen Offiziers" verwendet wurde. Soweit die spärlichen Nachrichten aus Lissabon ein Urtheil an die Hand geben, standen diesesmal einzelne avancementslüsterne Offiziere und Unteroffiziere an der Spitze der sogenannten „Bewegung", die noch im ersten Stadium der Entwicklung erstickt wurde. Die königliche Familie, welche im Palaste zu Lissabon sich nicht getraute, während mehrerer Tage zu Bette zu gehen, aus Besorgniß, über Nacht zu Gefangenen gemacht zu werden, hat sich unter starker Eskorte nach Cintra begeben, und das Ministerium erhielt Vollmacht, so die Dinge sich dazu anließen, die Habeas-Corpus-Akte zu suspendiren. Indessen scheinen die ersten, diesesmal zur rechten Zeit unternommenen Maßregeln ausgereicht zu haben, um die Gefahr einer Revolution zu beseitigen, die schwerlich einen anderen Zweck verfolgte als den, einen gewaltsamen Sturz des Kabinets herbeizuführen. Der König selber hat sich in allen Dingen so strikte an die Charte gehalten, daß er keineswegs für unbeliebt gelten kann.

Neben den beiden Führern der sogenannten iberisch-republikanischen Partei, den Grafen Peniche und Magelhaens, wird hauptsächlich auf den Marquis d'Angeja, früheren portugiesischen Gesandten am Brüsseler Hofe, als auf den Anstifter der explodirten Rebellion gewiesen. Persönlicher Groll wegen der Entlassung aus seiner diplomatischen Stellung soll ihn veranlaßt haben, sich mit jener Partei zu verbünden, die nicht nur antimonarchisch ist, sondern auch als Zukunftspolitik die Chimäre einer iberischen Republik verfolgt, welche beide Königreiche der pyrenäischen Halbinsel umfassen solle. Bis jetzt ist indessen, mit Ausnahme einiger Sergeanten dieses und jenes Regiments, keine Verhaftung einer namhaften Persönlichkeit erfolgt, und wenn die Meldung ergeht, die Regierung werde, mit Beweisen in der Hand, gegen den Einen oder den Anderen der genannten Edelleute prozessualisch vorgehen, so ist doch erfahrungsmäßig in Portugal die Amnestie schneller bei der Hand, als der gestrenge Richter. Solch harmlosen Ausgang könnte die Sache auch diesmal nehmen, zum schlimmsten eine kurze Verbannung nach den „glückseligen Inseln", den Azoren, die härteste Pön werden, welche der Staatsgerichtshof aussprechen möchte, eine Pön, die nicht härter wäre, als die Ordre eines besorgten Hausarztes, der seinen tuberkelbehafteten Patienten nach dem heilbringenden Azur von Madeira ins Exil schickt.

Italien.

Bei dem Interesse, welches die Angelegenheit des Gesetzes über die geistlichen Körperschaften bietet, entnehmen wir einem Artikel, welcher der „Nazione" in Florenz von anscheinend kundiger Seite zugegangen ist, folgendes Nähere:

Dem betreffenden Gesetze liegen zwei Gedanken zu Grunde. Es handelt sich einerseits darum, der römischen Provinz die Wohlthaten des Gesetzes über das Kirchenvermögen von 1866 zu Theil werden zu lassen, andererseits aber um eine Abänderung jenes Gesetzes in Gemäßheit der Bestimmungen des Garantiegesetzes. Daraus ergiebt sich Zweierlei. Die Liegenschaften der religiösen Körperschaften werden verkauft und die Häuser expropriirt, der Werth aber in öffentliche Rente verwandelt werden. Aber zu gleicher Zeit werden die Generalshäuser bestehen bleiben, indem ihnen der Charakter von moralischen Personen genommen wird. Sie werden nur als freie Vereinigung betrachtet werden. Die Folge wird die sein, daß die männlichen Ordenshäuser weiter bestehen werden als Vertreter der betreffenden Orden beim heiligen Stuhl, während die weiblichen Ordenshäuser verschwinden würden in dem Maße, als die jetzigen Einwohnerinnen das Zeitliche segnen würden. Also nicht blos die Generalshäuser werden bestehen bleiben, da Niemand es den Mönchen wehren kann, ihre Häuser anzukaufen oder durch Andere ankaufen zu lassen und darin als freie Genossenschaften wohnen zu bleiben. Wenn das Gesetz nicht die Unterdrückung, sondern nur die Aufhebung der bürgerlichen Persönlichkeit ausspricht, so kann Niemand gehindert werden, das Ordenskleid zu tragen und in klösterlicher Gemeinschaft zu leben, dabei aber auch die individuellen bürgerlichen Rechte zu gewinnen und an den Wahlen Theil zu nehmen. Dasselbe gilt auch von den weiblichen Kongregationen, die außerdem noch den ihnen durch das Gesetz von 1866 verstatteten Vortheil genießen, im Kloster wohnen zu dürfen. Diese Genossenschaften werden also weiter bestehen und höchstens nach dem Tode der gegenwärtigen Inhaberinnen der Klöster in gekaufte oder gemiethete Wohnungen einziehen.

Es kommt aber noch besser. Wenn einmal das Kirchenvermögen in Staatsrente umgewandelt und den einzelnen Individuen ihre Rente angewiesen ist, so wird ein ansehnlicher Ueberschuß von Rente übrig bleiben. Wer wird dieselbe zu verwalten haben? Wer wird dieselbe billig vertheilen können, wer im Stande sein, die Bedürfnisse der einzelnen Kongregationen zu kennen? Offenbar der Papst. Der Papst also wird diese große Masse von Werthpapieren zur freien Verfügung erhalten. Aber auch damit ist noch nicht Alles gesagt. Außer den Generalshäusern kommen noch die nationalen Häuser in Betracht, die ausländischen Genossenschaften, welche auf Sonderrechte Anspruch machen, sei es, daß dieselben auf Verträgen, auf alter Gewohnheit oder auch nur auf dem Willen der betreffenden Regierungen beruhen. Das Gesetz wird also diesen Genossenschaften eine eigene Existenz gewähren, welches ein beständiger Anlaß von Zwistigkeiten mit den fremden Regierungen sein wird. Denn die Mehrzahl dieser Genossenschaften hat eine pädagogische Bestimmung. Sie nehmen junge Leute auf und halten Schule und werden in dieser Beschäftigung fortfahren wollen, ohne sich um die Gesetze unseres Staates zu kümmern.

Um es kurz zu sagen, es bleibt Alles, wie es gewesen ist. Wir behalten unsere männlichen und unsere weiblichen Korporationen in alle Zukunft, behalten alle fremden Häuser oder Kollegien mit den damit verbundenen Erziehungsanstalten, und was am schlimmsten ist, das ganze Vermögen dieser Genossenschaften kommt in die Hände des Papstes, der ganz ungebunden darüber zu verfügen haben wird. Selbst das Gute, das in der Umwandlung des Klostervermögens für die bürgerliche Gesellschaft liegt, wird nur unvollkommen erreicht werden, da die Mönche und Nonnen sich vom Peterspfennige und anderwo die Mittel verschaffen werden, ihre Häuser und Güter anzukaufen und als Eigenthum ihrer Genossenschaft einschreiben zu lassen. So werden wir einerseits die ganze Gehässigkeit eines Einbruchs in das Eigenthum der Kirche auf uns laden, das Geschrei der Mönche und Nonnen, die Noten Antonellis, die Exkommunikation des Papstes, andererseits aber alle geistlichen Häuser und Klöster mit der gesammten Einwohnerschaft behalten. Auch die Entschuldigung gilt nicht, daß in Folge des Gesetzes viele Wohnungen für den öffentlichen Nutzen und Verkehr gewonnen werden können, da ohnehin schon so viel expropriirt worden ist, als nöthig war. Selbst für die Kultivirung der Kampagna wird wenig gewonnen sein. Denn diese gehört zum allerkleinsten Theile den Klöstern, meist aber dem römischen Adel oder Wohlthätigkeits-Anstalten, Spitälern und Waisenhäusern, der Fabrik von St. Peter u. s. w. Das Vermögen der Klöster aber besteht meist in Miethwohnungen.

Wir verstehen die Schwierigkeit einer Verständigung unserer Regierung mit Pius. Aber der Papst kann nicht ewig leben, und es wäre besser gewesen, mit einem so wichtigen Gesetze zu warten, bis Alles ins Einzelne reiflich überdacht und erwogen war. Das gegenwärtige Ministerium hat allerdings sich zu weit in die Sache eingelassen, um sich zurückziehen zu können. Man wird nun, um das Gesetz schmackhaft zu machen, einige Artikel gegen die Jesuiten hinzufügen, deren Gesellschaft direkt unterdrückt werden wird. Das wird die öffentliche Meinung ohne Frage für das ganze Gesetz gewinnen. Aber man hätte einfach das piemontesische Gesetz von 1848 gegen die Jesuiten in der römischen Provinz publiziren können, welches bereits in ganz Italien gilt, von Toskana abgesehen, welches nicht so glücklich war, die Gesellschaft Jesu zu beherbergen. Dann brauchte man dieser Gesellschaft nicht Zeit zu lassen, sich Schlupfwinkel zu suchen, Gold- und Kunstsachen auszuführen, geheime Verbindungen zu organisiren und die Gemüther gegen die Regierung aufzuwiegeln. Das alles geschieht jetzt. Man weiß hier von Scheinverkäufen, von Ankäufen im Auslande, von Uebertragungen, welche die Gesellschaft Jesu veranstaltet. Man läßt die Formulare eines Protestes zirkuliren, welcher vielleicht dreißigtausend Unterschriften erhalten wird. Denn die Gesellschaft macht sich keinen Skrupel daraus, Frauen, Mägde und Kinder zum Unterzeichnen zuzulassen. Bedenkt man, daß in Rom an 6000 Geistliche und Mönche sind und daß ein jeder leicht fünf Freunde und Verwandte zum Unterzeichnen gewinnen kann, so kann uns jene Zahl nicht in Erstaunen versetzen. In einer Stadt von 250,000 Einwohnern, wo der Klerus Jahrhunderte hindurch geherrscht hat, würde es auffallend sein, wenn nicht wenigstens ein Achtel der Bevölkerung den Klerus begünstigte.

Aus **Rom**, 19. August, schreibt man dem „Wiener Tagblatt": „Ich kann Ihnen heute von einem bedeutungsvollen Symptom der wirklich bestehenden Absicht des h. Vaters, Rom zu verlassen, Meldung thun. Alle Kleinodien des päpstlichen Schatzes, besonders die mit unschätzbaren Steinen geschmückten Tiaren, die heiligen Gefäße u. s. w. sind in Kisten, welche das päpstliche Wappen trugen, verpackt und nach England geschickt worden. Wollte der Papst heute eine der großen Kirchenfeierlichkeiten begehen, so könnte er es nicht, weil ihm die Tiaren und die Kirchengeräthe fehlen würden."

Pius IX. ist binnen der letzten Wochen viel älter geworden und hat sich bei ihm eine hartnäckige Appetitlosigkeit eingestellt, welche sein Koch, der sich nie einer großen Gewandtheit zu rühmen hatte, erfolglos bekämpft. Uebrigens ist es auch den erklärten Freunden des Vatikans unmöglich gemacht worden, den Papst oder den Kardinal Antonelli mit irgend einem Viktualiengeschenk zu versorgen, da der Verdacht und Argwohn diese Herren mit undurchdringlichen Barrièren umgibt. Selbst der Bruder des Kardinals, welcher für den Tisch Sr. Eminenz einen leichten Landwein besorgt hatte, hat geschworen, nie mehr eine ähnliche Gefälligkeit zu erweisen, denn zufälliger Weise litt der Staatssekretär nach dem Genusse der letzten Zusendung an einer Kolik.

(Köln. Ztg.)

Rußland und Polen.

§§. **St. Petersburg**, 23. August. Die feierliche Eröffnungssitzung der 8. Session des Internationalen statistischen Kongresses hat gestern Vormittag 11 Uhr unter dem Vorsitze des Großfürsten Konstantin Nikolajewitsch, als des Ehrenpräsidenten des Kongresses, im Saale der Adels-Versammlung stattgefunden. Die herrlichen Räume sind auf die angemessenste und geschmackvollste Weise eingerichtet und ausgeschmückt. Wir heben nur hervor, daß bei der oberen Galerie ringsum zwischen den Säulenkapitälen die Namensschilder und Nationalfahnen aller Länder, von den russischen Farben eingerahmt, in alphabetischer Reihenfolge angebracht sind, rechts hinten mit Allemagne beginnend. — Schon vor 11 Uhr wogte im Saale die Menge der in Gala erschienenen Kongreßmitglieder in lebhaftem Gespräch und vielfach die alten Bekanntschaften erneuernd, auf und ab. Um 11¼ Uhr erschien der erwähnte Großfürst mit dem hiesigen Komite und nahm auf dem Präsidentensitze Platz. Die Anwesenden hatten sich zur Begrüßung von den Bänken erhoben. Der Großfürst verlas sodann eine längere Begrüßungsrede, hauptsächlich mit Bezug auf die Bedeutung der statistischen Wissenschaft, und erklärte die 8. Session für eröffnet. Darauf wurde zur Bildung des Repräsentanten-Ausschusses geschritten, in welchem alle betheiligten Länder ihre Vertretung fanden. Zu Präsidenten, resp. Vizepräsidenten wurden der Wahl in den Vorkonferenzen entsprechend, die Herren Quetelet, Dr. Engel und Dr. Farr, die offiziellen Delegirten Belgiens, Preußens und Großbritanniens gewählt. Verschiedene der Repräsentanten, zuerst die Herren Quetelet, Dr. Farr, Levasseur (Frankreich) und Dr. Engel feierten in französischer, englischer und deutscher Sprache Rußland wegen seiner Förderung der stat. Wissenschaft, dankten für die gastliche Aufnahme oder gedachten inzwischen verstorbener bedeutender Statistiker. Nach Konstituirung des Sekretariats wurde die Sitzung nach etwa einstündiger Dauer geschlossen. — Um 5 Uhr Nachmittags, nachdem sich Großfürst Konstantin Nikolajewitsch die auswärtigen Vertreter einzeln hatte vorstellen lassen, versammelten sich alle beim Sommergarten zu einer gemeinsamen Exkursion nach dem botanischen Garten und den Inseln. Darauf folgte auf Einladung ein allgemeiner Besuch auf Kamenny-Ostrow im Palais der Großfürstin Helena Pawlowna. — Sonntag den 13. diniren die Delegirten zufolge allerhöchster Einladung im kaiserlichen Palais zu Zarskoje-Sselo; hieran schließt sich Abends eine Promenade in Pawlowsk.

✕ **Warschau**, 25. August. Einen eklatanten Beweis von der brutalen Nichtachtung, mit der nichtorthodoxe Bekenntnisse in Rußland behandelt werden, liefert die Thatsache, daß auf Anordnung der Schulbehörde in Litthauisch-Brest die das dortige Gymnasium besuchenden Schüler mosaischer Religion mit aller Strenge angehalten werden, an den Sonn- und orthodoxen Feiertagen nicht blos dem orthodoxen Gottesdienst beizuwohnen, sondern auch alle mit demselben verbundenen Zeremonien, wie Kreuzschlagen, Kniebeugungen u. s. w. mitzumachen. Die detreffenden, über diesen Gewissenszwang tief empörten Eltern haben sich mit einer Beschwerde an die Schulbehörde gewendet, aber den kategorischen Bescheid erhalten, daß, so lange ihre Söhne das Gymnasium besuchen, sie durch die Schulordnung ebenso wie alle übrigen Schüler verpflichtet seien, dem orthodoxen Gottesdienst beizuwohnen, da die Regierung nur eine und zwar die orthodoxe Religion als die wahre anerkenne. Es bleibt daher den jüdischen Eltern nichts Anderes übrig, als ihre Kinder aus dem Gymnasium zu entnehmen und in eine jüdische Lehranstalt zu schicken. — Die hiesige ultramontane Partei, die numerisch nur gering ist und ihre Anhänger vorzugsweise unter der polnischen Aristokratie zählt, hat in letzter Zeit wiederholt den Versuch gemacht, ein eigenes Preßorgan zu gründen, doch ist es ihr ungeachtet der Verwendung einflußreicher Parteigenossen nicht gelungen, von der Zensurbehörde die Konzession zu dem publizistischen Unternehmen zu erlangen. Sie muß es daher ruhig mitansehen, daß die ultramontanen Grundsätze und Bestrebungen von mehreren hiesigen Blättern mit großem Eifer bekämpft werden. — Von dem großen Generalstabe in Petersburg ist neuerdings in Bezug auf die im Königreich Polen zu erbauenden Eisenbahnen die wichtige Bestimmung getroffen worden, daß für die Konzessions-Ertheilung zu denselben nur das militärische und strategische Interesse maßgebend sein soll. — Der hiesige Warschau-Wiener Bahnhof ist neuerdings für militärische Zwecke in der Weise eingerichtet und mit so reichen Transportmitteln ausgestattet worden, daß mit Leichtigkeit täglich 20,000 Mann nach der galizischen Grenze befördert werden können.

Asien.

Ein Telegramm aus Kalkutta vom 13. August meldet kürzlich das Ableben des Prinzen Gholam Mohammed. Da wohl nur wenige Leser Näheres über den Prinzen wissen werden, so fügen wir zur Erklärung hinzu, daß Gholam Mohammed der letzte übrig gebliebene Sohn des kriegerischen Tippoo, des Sultans von Mysore, war. Tippoo brachte sein Leben mit Kämpfen und Intriguen gegen die verhaßten Feringhi zu und fiel schließlich im Jahre 1799 beim Sturme auf Seringapatam. Mit Tippoos Tode zerfiel sein von seinem Vater gegründetes Reich, und die Provinz Mysore wurde an die ältere Linie der Hindu Rajahs, die Hyder Ali depossedirt hatte, zurückgegeben. Tippoos Kinder wurden auf das Fort Wellore gebracht, wo sie die Meuterei und das Massacre der englischen Soldaten im Jahre 1806 veranlaßten und nachher nach Kalkutta gebracht werden mußten. Dort lebten die Prinzen von Pensionen, die ihnen die ostindische Compagnie bewilligt hatte. Sie starben in einem hohen Alter und nunmehr ist ihnen auch Gholam im Alter von über 80 Jahren gefolgt.

Afrika.

Die Nachricht, nach welcher egyptische Truppen die Grenze Abessiniens bereits überschritten hätten und ein Zusammenstoß zwischen den Truppen des Khedive und denen Kassas bevorsteht, ist laut Mittheilungen der Wiener „N. Fr. Pr.“ nicht ganz richtig; ihnen zufolge ist der bisherige Thatbestand der, „daß der Vizekönig Befehl gegeben hat, die Länder der Bogos, Maria, Hebub, Halhal und Bedschun zu besetzen. 1200 mit europäischen Waffen trefflich ausgerüstete egyptische reguläre Soldaten sollen bereits in Kerna eingetroffen sein. Munziger Bey, der Gouverneur von Massaua, führt den Oberbefehl; er verließ letztere Stadt am 25. Juni, um sich nach Kerna zu begeben.“ Die „N. Fr. Pr.“ setzt hinzu: „Die erwähnten Länder sind ausgesetzte Grenzgebiete, die in den letzten Jahren theils nur halb, theils garnicht mehr unter abessinischer Herrschaft standen. Das christlich-abessinische Bevölkerungs-Element hat in ihnen sehr viel an Terrain verloren, der Mahomedanismus dagegen sehr große Fortschritte gemacht. Sie wurden schon lange von Egypten mit gelüsternen Augen angesehen und was jetzt geschieht, ist nur, was die Kenner jener Gegenden schon seit Jahren vorhergesehen haben. Der Vizekönig nimmt diese Okkupation unter dem Vorwand vor, dadurch eine sichere Handelsstraße von Massaua nach Kossala zu schaffen. Seltsam, denn gerade diese Straße war bisher ihrer ausnahmsweisen Sicherheit wegen in ganz Abessinien berühmt. Ein Kaufmann aus Massaua schrieb uns kürzlich: „Ich bin fünf Jahre hier und habe nie gehört, daß Jemand während dieser Zeit auf der Strecke von Kossala nach Massaua durch Abessinier ausgeraubt worden sei.“ Der wahre Grund ist natürlich einfach der, daß Egypten sich arrondiren will. Die fraglichen Provinzen bilden eine treffliche Ergänzung des egyptischen Gebietes zwischen dem Sudan und dem rothen Meer. Am unangenehmsten berührt ist durch diese Angelegenheit natürlich Kassa, der Fürst von Tigre, oder, wie er sich seit seiner Krönung nennt, Johannes II., Kaiser von Abessinien. Kassa hat bis jetzt an die Freundschaft des Khedive geglaubt, mit dem er oft Gesandtschaften wechselte, ja, von dem er vor Kurzem reichlich beschenkt worden war. Da er wenigstens nominell der Oberherr jener Länder ist, so sollte man annehmen, daß von Seiten des Khedive kein Beschwerdegrund gegen ihn vorgelegen habe. Der Vizekönig scheint diese Länder einfach als herrenlos angesehen zu haben. Es wird freilich gemunkelt, die katholischen Missionäre, welche Kassa aus Abessinien vertrieb, hätten beim Khedive intriguirt, um ihn zu jenem Vorgehen zu veranlassen.“

Amerika.

Der marseiller Advokat Planchu, der Stellvertreter des „Königs Orelie I. von Araucanien und Patagonien“, ist von den araukanischen Kaziken zum Tode verurtheilt und hingerichtet worden. Derselbe hatte sich nämlich die höchste Gewalt angeeignet und Orelie I. beseitigen wollen. Die Kaziken, die eine große Zuneigung zu Orelie I. haben, waren über die Usurpation desselben in solche Wuth gerathen, daß sie ihn in die andere Welt beförderten. Zugleich forderten sie aber Orelie auf, sofort in seine Staaten zurückzukehren, weil sie ihn sonst seines Thrones für verlustig erklären würden. Orelie I. (er heißt bekanntlich de Tonnens und war früher französischer Notar), der sich seit einiger Zeit in Frankreich befindet, um eine Anleihe aufzunehmen, wird wahrscheinlich dem Rufe nach seinen „Staaten“ zurückkehren. Es heißt nämlich, daß er Geld gefunden hat. Planchu, welcher der Sohn eines wohlhabenden marseiller Kaufmannes ist, wurde mit Tonnens bekannt, als er sich in der Hauptstadt des Rhone-Mündung-Departements aufhielt, und er sandte ihn als Reichsverweser nach seinen Staaten. Tonnens, oder vielmehr Orelie I., wußte bereits, daß Planchu, der einen abenteuerlichen und ehrgeizigen Charakter besitzt, sich die höchste Gewalt angeeignet hatte, aber er machte sich nichts daraus, da, wie er sagte, er nur zu erscheinen brauche, damit ihm Alles zufalle. 1867, zu welcher Zeit der König Orelie sich in Paris befand, hatte derselbe eine Audienz beim Kronprinzen von Preußen, der zur Ausstellung nach Paris gekommen war. Angeblich handelte es sich um die Abtretung eines Theiles der „Staaten“ an Deutschland. Wie dieser erzählt, zerschlugen sich die Verhandlungen aber, weil er nichts von Araukanien, sondern nur ein Stück von Feuerland abtreten wollte. Orelie I. ist übrigens kein absoluter, sondern ein konstitutioneller Monarch. Er erließ nämlich seiner Zeit eine Verfassung, worin er die Rechte seiner Völkerschaften feststellte. Da er bis jetzt kinderlos ist (er ist nämlich nicht verheirathet und es ist unbegreiflich, daß er eine Nähterin von Marseille zu seiner Frau erkoren) so sorgte er auch für die Thronfolge und nahm in dieser Beziehung folgenden Artikel in seine Konstitution auf: „Im Falle, daß Wir ohne direkte und legitime Leibeserben sterben, setzen Wir als Unseren Erben ein Unseren vielgeliebten Bruder Johann von Tonnens, Landwirth und Schweinehändler zu Chourniac in dem Dordogne-Departement in Frankreich.“ Im Grunde ist de Tonnens — er ist eine imposante Gestalt — nicht so verrückt, als man nach allem, was man von ihm gesagt hat, glauben sollte. Derselbe steht bei den Araukanern in hohem Ansehen, und er hat vielleicht nicht so Unrecht, wenn er sagt, daß die Franzosen, denen er ein Land zur Verfügung stellen wollte, das drei Mal so groß sei, als Frankreich, unklug sind, da sie ihn nur mit Spott und Hohn behandelten. „Wäre ich Engländer oder Deutscher“, so meint er, „so würde man mich wahrscheinlich nicht so schnöde behandelt haben.“

13. Kongreß deutscher Volkswirthe.

Der heute eröffnete XIII. deutsche volkswirthschaftliche Kongreß, der bis 29. August 1872 tagen wird, wird über folgende Gegenstände berathen:

1) Straßenbau und Chausseegeld. Referenten: Dr. Faucher (Berlin) und Rickert (Danzig).

2) Unentgeltlichkeit des öffentlichen Schulunterrichts. Referenten: Dr. Wolff (Stettin) und Dr. Oppenheim (Berlin).

3) Banknoten und Papiergeld. Referenten: Dr. Wolff (Stettin) und Dr. Braun (Berlin).

4) 1. Antheil der Arbeiter am Geschäftsgewinn. (Produktivgenossenschaft, Partnerschaft, Tantième.) Referenten: Prince-Smith (Berlin) und Dr. Oppenheim (Berlin). 2. Arbeiter-Hülfs- und Invalidenkassen. Referenten: Dr. Emminghaus (Karlsruhe) und Rickert (Danzig).

5) Die Eisenbahnpolitik mit besonderer Berücksichtigung der Konkurrenz verschiedener Frachtführer auf der Eisenbahn, so wie der verschiedenen Tarifsysteme. Referenten: Dr. Dorn (Triest) und Dr. Alex. Meyer (Berlin).

6) Fortbildung des Handelsrechts oder Herübernahme desselben in das Obligationsrecht. Referent: Dr. Braun (Berlin).

In der ersten Sitzung vom 26. August heißt Herr Ober-Bürgermeister v. Winter im Auftrage des Lokalkomités die Versammlung willkommen. Er weist auf die bedeutsame Entwickelung der wirthschaftlichen Verhältnisse hin, welche die Erörterung wirthschaftlicher Fragen mehr als je zeitgemäß erscheinen lasse. Ueberall, namentlich in Deutschland, zeige sich ein mächtiger Aufschwung, der befruchtende Einfluß des Kapitals treibe die Thatkraft vorwärts in Riesenschritten, doch auch die Kehrseite fehle nicht; die gewaltige Kraft, die das Kapital entwickle, habe auch den arbeitenden Theil des Volks zum Zusammenfassen seiner Kraft geführt; es sei Gefahr vorhanden, daß, wenn nicht beiderseitig Einsicht und gesunder Sinn walten, unserer Entwickelung Verderben drohe. Wichtig sei es daher, wirthschaftliche Einsicht bis in die untersten Schichten des Volkes zu verbreiten; dies sei die schöne Aufgabe des Kongresses. Derselbe sei diesmal in den Ostmarken des deutschen Vaterlandes zusammengetreten, die ein eigenthümliches Leben führten und doch wieder jeden Deutschen anheimelten. Wenn auch die Erfolge noch nicht so groß seien, wie anderswo, an Lust, Kraft und Tüchtigkeit zur Arbeit stehe die Provinz Preußen keiner andern nach. Die Schwierigkeiten, unter denen man in der Provinz Preußen arbeite, seien groß, der harte und lange Winter, das rauhe Klima steigern die Bedürfnisse an Heizung, Kleidung, Nahrung. Der Landwirth bedürfe eines weit größeren Inventars und müsse ein viel größeres Kapital festlegen, wodurch das Betriebskapital und die Rente geschmälert werde. Der Industrielle empfindet die Ungunst der Verhältnisse in den höheren Arbeitslöhnen. Dazu treten die äußern Hemmnisse für Handel und Industrie. Alles in Danzig erinnere an die frühere Größe der Stadt, die sich nicht wieder herstellen lasse ohne Eröffnung des Hinterlandes, welche Schritt für Schritt erst gleichsam erobert werden müsse. Die Elemente eines gesunden Gedeihens in Stadt und Land seien aber vorhanden, wenn auch die natürliche Schwerlebigkeit das Volk kein so fröhliches Genießen, wie anderswo, aufkommen lasse. Die Anregungen, welche der Kongreß gebe, werden auf einen fruchtbaren Boden fallen, denn unter der rauhen Hülle der preußischen Bevölkerung schlage ein warmes Herz für die Ehre und Größe des Vaterlandes und eine treue Gastfreundschaft; die Stadt bietet den Gästen, was sie könne und vermöge und in ihrem Namen heiße er den Kongreß willkommen. (Beifall.) Da der Vorsitzende der ständigen Deputation Herr Abg. Prince-Smith, welcher noch am Abende zuvor die vorbereitenden Verhandlungen der Deputation geleitet hatte, leider genöthigt gewesen war, wegen andauernden Unwohlseins am Morgen die Rückreise nach Berlin anzutreten, so hatte Hr. Dr. O. Wolff (Stettin) es übernommen, die Sitzungen des Kongresses zu eröffnen. Auf seinen Vorschlag Namens der ständigen Deputation wurden ernannt Dr. Braun (Berlin) zum Vorsitzenden, Oberbürgermeister v. Winter (Danzig) zum ersten, Senator Dr. Brehmer (Lübeck) zum zweiten Stellvertreter desselben; zu Schriftführern: Ehlers, Meckbach, Klein, Rickert, (sämmtlich aus Danzig), Dr. Dorn (Triest), Zwicker (Magdeburg), Dr. Eras (Breslau), Quandt (Berlin). Dr. Braun dankt für die ihm wiederholt übertragene Ehre des Vorsitzes und wirft einen Rückblick auf die Geschichte des volkswirthschaftlichen Kongresses und seiner Begründung zu Gotha im Jahre 1858. Der Kongreß könne heute mit Befriedigung auf seine Ergebnisse zurückblicken. Die von ihm bezeichneten Aufgaben der großen wirthschaftlichen Reform liegen jetzt in den Händen der Reichsgesetzgebung, die für ganz Deutschland gelte. Was damals Ideal gewesen, sei jetzt in die Wirklichkeit getreten, und damit natürlich genug auch auf Widerspruch und Gegensatz gestoßen, so daß sich schon Stimmen erhöben, welche die Errungenschaften der neuen wirthschaftlichen Bewegung wie die Gewerbefreiheit und die Freizügigkeit bekämpften. Angesichts dieser reaktionären Gegenströmungen habe der Kongreß erst recht die Pflicht, die Fahne der Reform weiter zu tragen. Der Kongreß lasse seine Mitglieder nicht auf ein Programm schwören, er schließe den gegnerischen Ansichten nicht den Mund, wenn auch die Mehrheit des Kongresses stets ein bestimmtes Gepräge getragen habe; sie stehe auf freihändlerischer Basis, das heißt man wolle nicht dem Staate zumuthen, daß er thue, was die Gesellschaft aus sich heraus zu leisten vermöge, oder gar unlösbare Aufgaben löse; das heißt, man wolle nicht den Kampf um die Gewalt im Staate provoziren und dadurch den Frieden der Gesellschaft stören. Der Kongreß möge bei dieser Auffassung verharren; er möge in seinem Meinungsaustausch und fern von jeder zunftmäßigen Ausschließlichkeit auch ferner die wirthschaftlichen Probleme erörtern und die Gegensätze am Prüfstein der freien und öffentlichen Diskussion sich bewähren lassen. Der Kongreß weise jeden Meinungs-Terrorismus wie jedes Konventikelwesen zurück; Freiheit des Meinungsaustausches, vollste Oeffentlichkeit, das sei die Lebensluft des Kongresses, die Vorbedingung jeder dauerhaften, gesunden Leistung. Der Kongreß arbeite diesmal unter den günstigen Auspicien zweier Namen, der Stadt Danzig, der Vorkämpferin für städtische Freiheit, und des einstmaligen Lehrers der Volkswirthschaft in Königsberg, Professors Kraus, des Vaters der deutschen Volkswirthschaftslehre und des thatsächlichen Begründers des deutschen Zollvereins. In ehrendem Gedächtniß dieser Namen möge der Kongreß zu seinen Verhandlungen übergehen.

Erster Gegenstand der Tagesordnung ist die Zolltarifreform. Herr Ehlers (Danzig) hat dazu folgende Resolution eingebracht: „Die gegenwärtige Lage unserer Wirthschaftsverhältnisse verlangt die ungesäumte Wiederaufnahme und Fortführung der vom Zollparlament begonnenen Zolltarifreform durch die gesetzgebenden Faktoren des Deutschen Reiches, bis das Ziel dieser Reform, und zwar: 1) die konsequente Beseitigung des Schutzsystems, 2) die Zurückführung des Tarifes auf wenige nach finanziellen Rücksichten ausgewählte Positionen ganz erreicht sein wird. Jede nächste Revision und Reform des deutschen Zolltarifes muß namentlich die Aufhebung des Roheisenzolles, eine Ermäßigung der Zölle auf Eisenfabrikate, sowie die Beseitigung des Lumpen-Ausfuhr-Zolles enthalten.“ Die Frage der Tarifreform sei einmal von lokaler Wichtigkeit für die Provinz, in welcher der Kongreß diesmal tage; dann aber auch von aktueller Bedeutung angesichts der Gestaltung der wirthschaftlichen Verhältnisse in Deutschland. Der Kongreß habe stets die Fahne der Tarifreform in freihändlerischer Richtung vorangetragen; sein Programm habe mit den Jahren an Entschiedenheit zugenommen; er verlange Abschaffung des Schutzsystems und Vereinfachung des Tarifs. Eine Diskussion erscheine kaum noch nöthig. Der Kongreß möge einfach sein altes Programm von Lage der Industrie in den noch geschützten Gewerbszweigen hinweisen. Ein gleich geeigneter Zeitpunkt sei noch nicht dagewesen, da auch die finanzielle Lage des Deutschen Reiches eine beispiellos glänzende sei und statt eines Zollparlaments jetzt ein Reichstag mit vollem Budgetrecht bestehe. Die Resolution enthalte sich jeder Detaillung für die Tarifreform und jedes Vorschlages in Betreff etwaiger Deckungsmittel; dafür zu sorgen sei nicht Sache des volkswirthschaftlichen Kongresses, sondern von Bundesrath und Reichstag. Der zweite Theil der Resolution fordere speziell die Aufhebung des Roheisen-Einfuhrzolles, weil derselbe einer der schlimmsten Schutzzölle und namentlich verderblich für die Ostseeländer sei; eine vollständige Aufhebung der übrigen Eisenzölle werde heute nicht gefordert, nur eine Ermäßigung derselben, wobei als letztes Ziel allerdings die völlige Aufhebung ins Auge zu fassen sei. Ferner werde die Aufhebung des noch einzigen Ausfuhrzolls, desjenigen auf Lumpen, gefordert, eine alte Forderung. Die Spezialisirung sei nicht eine Abschwächung des allgemeinen Satzes, sondern nur eine Bezeichnung des Nothwendigsten. Herr Stadtrath Rickert (Danzig) vermißt in dem Antrage des Vorredners die erforderliche Konsequenz; entweder man fordere auch die Aufhebung der Eisenfabrikat-Zölle (namentlich für Stab- und Walzeisen), oder man lasse auch die wenigen Groschen des Roheisenzolls bestehen; er wünsche das Erstere. Im Interesse der inländischen Papierfabrikation schlage er vor, auch die Aufhebung der Einfuhrzölle auf Chemikalien zu fordern. Herr Dannenberg (Hamburg) ist für Streichung des zweiten Satzes; die Fabrikate des Zollvereins bedurften keines Schutzes mehr, wie der stetig wachsende Export derselben über Hamburg und die allmälige Verdrängung der englischen Waaren durch Zollvereinsartikel beweise. In Hamburg verkauften die zollvereinsländischen Glasfabriken ihre Artikel so billig, wie die englischen und belgischen, sie verdienten dabei noch ganz artig; im Zollverein aber steckten sie darüber hinaus noch den Schutzzoll in die Tasche. Die spezifischen Schutzzölle trügen 6—7 Mill. Thaler ein; das dürfe den Kongreß nicht abhalten, ihre Aufhebung zu fordern; zum Bieten und Handeln sei im Reichstage Zeit. Dr. Wolff (Stettin) findet zwischen den vorgetragenen Ansichten keinen erheblichen Widerspruch; die Streichung des zweiten Satzes nach der Debatte würde die Resolution allerdings auf einen jener frommen Wünsche beschränken, die nun schon so oft ausgesprochen worden seien. Es gäbe unter den Schutzzöllen denn doch einen Unterschied in Bezug auf ihre Schädlichkeit; Chemikalien und Eisen seien das Brod der Industrie; diese müßte zuerst vom Schutzzoll befreit werden. Zur Beseitigung jedes Mißverständnisses empfehle er zu sagen: „am dringendsten“ nothwendig ist die Aufhebung u. s. w. Herr Hundt v. Hafften begrüßt vom Standpunkt der Landwirthe die Resolution mit besonderer Freude; er fordert als Aequivalent von England, dem man die Aufhebung des Roheisenzolls nicht schenken dürfe, die Ermäßigung des englischen Spirituszolles; ein solcher Beschluß des Kongresses werde im ganzen Osten den lebhaftesten Widerhall finden. Behrend (Cöslin) plaidirt als Papierfabrikant für die Aufhebung der Zölle auf Chemikalien; wenn diese billiger würden, könnten die Papierfabriken mehr als bisher Lumpen-Surrogate verarbeiten und die Vertheuerung der Lumpen ertragen. Beide Maßregeln müßten gleichzeitig getroffen werden. Dr. Wolff hält den Antrag des Herrn v. Hafften für nicht zeitgemäß; eine Frage der inneren Zollreform dürfe nicht abhängig gemacht werden von dem Zustandekommen eines internationalen Vertrages und England habe obendrein augenblicklich kein Interesse an der Aufhebung der deutschen Eisenzölle, da es kaum seinen eigenen Eisenbedarf decken könne. Die Resolution wird bei der Abstimmung in folgender Fassung angenommen: „Die gegenwärtige Lage unserer Wirthschaftsverhältnisse verlangt die ungesäumte Wiederaufnahme und Fortführung der vom Zollparlament begonnenen Zolltarifreform durch die gesetzgebenden Faktoren des deutschen Reiches, bis das Ziel dieser Reform, und zwar: 1) die konsequente Beseitigung des Schutzsystems, 2) die Zurückführung des Tarifes auf wenige nach finanziellen Rücksichten ausgewählte Positionen ganz erreicht sein wird. Am dringendsten nothwendig ist die Aufhebung der Eisenzölle, der Einfuhrzölle auf Chemikalien und des Lumpen-Ausfuhr-Zolls“.

Der zweite Gegenstand der Tagesordnung lautet: die Unentgeltlichkeit des öffentlichen Schulunterrichts. Ref. Dr. O. Wolff (Stettin): Vom volkswirthschaftlichen Standpunkte aus kann man die Unentgeltlichkeit des öffentlichen Schulunterrichts verwerfen und sich doch vom politischen Standpunkte aus damit einverstanden erklären. Der Volkswirth prätendire nicht, von seinem Standpunkte aus alle Verhältnisse zu beherrschen. Der Volkswirth sei z. B. für unbedingte Handelsfreiheit; jedoch würde er dieselbe nicht proklamiren wollen in einer belagerten Stadt. In Betreff der Schulfrage habe der Volkswirth sich von vornherein klar zu machen, daß die aus politischen Gründen vielleicht nothwendige Unentgeltlichkeit des Schulunterrichts nicht ohne erhebliche wirthschaftliche Nachtheile sei; dem Politiker könne es nur nützlich sein, wenn er sich über diese Gefahren Klarheit verschaffe. Er beantrage daher, folgende Resolution zu fassen: „Die Unentgeltlichkeit des Unterrichts ist verwerflich, weil sie im Widerspruch steht mit der Verantwortlichkeit der Eltern für die Existenz ihrer Kinder, weil sie das harmonische Verhältniß zwischen der Schulbildung und anderen Kulturbedürfnisse ebenso stört, wie das Schutzsystem das harmonische Verhältniß zwischen der Industrie und anderen Funktionen des wirthschaftlichen Getriebes, weil sie die im Staate resp. in den Kommunen herrschenden politischen und religiösen Parteien zu Herren des Schulwesens macht und damit den inneren Frieden im Staate und in der Gesellschaft gefährdet.“ Auf die hier angeführte Motive gehe er jetzt nicht näher ein; er wolle statt dessen eine geschichtliche Kritik versuchen. Das öffentliche Schulwesen habe sich entwickelt als Zweig der Armenpflege, im Anschlusse an Klöster und fromme Stiftungen. Diesen Ursprung verleugne es nicht; das Schulwesen sei bei uns fast mit allen den Mängeln belastet, die dem öffentlichen Almosenwesen anhaften. Ueberfüllte Klassen in schlecht gebauten Häusern und schlecht gelüfteten Zimmern, der Unterricht ertheilt von halbverhungerten Lehrern — gewiß kein Zustand, der zur Befriedigung gereiche, sondern zu ernster Prüfung auffordere. Gerade bei dem auf seine Bildung und seine Schulen so stolzen deutschen Volke sei Alles, was mit der Schule zu thun habe, von materieller Noth bedrängt. Dieser Zustand sei nicht blos unwürdig, sondern auch unhaltbar auf die Dauer. Die Lehrer dürfen nicht für immer ausgeschlossen bleiben an dem wachsenden Wohlleben der übrigen Volksklassen. Sein Antrag sei also durchaus nicht entgegen der fortschreitenden Tendenz des Schulwesens, sondern wolle derselben vielmehr eine bessere wirthschaftliche Grundlage geben und die öffentliche Bildung erhöhen. Die Unentgeltlichkeit des Schulunterrichts erinnere an die längst als unmöglich erwiesene Forderung der Unentgeltlichkeit des Kredits; „Unentgeltlichkeit“ heiße in diesem Falle nur Abwälzung der Schullast auf andere Schultern, als die, welche den Unterricht für sich oder die Ihrigen genössen. Die Unentgeltlichkeit des Schulunterrichts sei populär geworden als Korrelat zum Schulzwang und dieser wieder als Grund unserer großartigen militärischen Erfolge. So gut wie der Staat dem Einzelnen die Verpflichtung auferlege, seine Kinder nicht verhungern zu lassen, könne er auch fordern, daß ihnen das geringste Maß von Bildung ertheilt werde. Im Unvermögensfalle trete die subsidiarische Pflicht der Gemeinde und des Staates ein; das sei die einzige Folge des Schulzwangs. Giebt es einen wirthschaftlichen Grund, Leute, welche das Schulgeld in den untersten Schulen für ihre Kinder zahlen können, von dieser Zahlung zu entbinden? Die Forderung der Unentgeltlichkeit des Schulunterrichts sei bei dem mittleren und kleineren Gewerbestand populär, weil er befürchte, daß seine Kinder sonst abgehalten sein könnten, die höheren Schulen zu besuchen. Dieser idealistische Bildungstrieb habe manche nicht wünschenswerthe Folgen nach sich gezogen. Der Vorwurf, daß durch Forderung eines Schulgeldes die höhere Bildung besteuert werde, beruhe auf einer falschen Auffassung; die Zahlung für die Befriedigung wirthschaftlicher Bedürfnisse könne noch als Steuer betrachtet werden. Die Folge der Grundsätze, welche er (Redner) vertrete, daß mancher Sohn armer Leute dann nicht mehr Gymnasium und Universität besuche, sei keine schlimme, Angesichts der großen materiellen Noth, die es noch zu beseitigen gelte. Die höhere Bildung für sich allein ist kein Segen für die Menschen, führt in Fällen zum Unglück statt zum Glück. Neben den wenigen großen Männern, die vielleicht in Folge der höheren Bildung sich aufgeschwungen hätten aus der Armuth, gebe es hunderte verhungerter Existenzen, die um der vermeintlich erworbenen höheren Bildung wegen ein praktisches Lebensziel verfehlten. Der lebhafte Drang nach höherer Bildung gebe die beste Gewähr, daß die Steigerung des Schulgeldes für die höheren Schulen den Bildungsgrad des deutschen Volkes nicht beeinträchtigen werde. Als praktisches Moment werde geltend gemacht, daß die Beseitigung der Unentgeltlichkeit des Unterrichts in den vom Staate angeordneten Schulen nur den Ultramontanen zu Gute kommen werde, welche dem Volke billigen Unterricht anbieten würden. Es möge nun zwar darum doch eine politische Nothwendigkeit sein, von Staatswegen unentgeltlich Bildung zu verbreiten; seine wirthschaftlichen Gründe dagegen würden dadurch indessen nicht widerlegt. Der Liberalismus werde kaum immer die Majorität haben und dann würden seine Gegner auf Staatskosten ihre Zwecke in den Schulen zu fördern suchen. Dr. Oppenheim (Berlin) als Korreferent: Es sei kein Widerspruch vorhanden zwischen den Forderungen des wirthschaftlichen, des politischen und des humanen Standpunkts, dies nachzuweisen sei Zweck seines Vortrages. Der dritte Satz der Resolution enthalte eine sozialpolitische Nützlichkeitserwägung; dieser Schreckschuß schüchtere ihn nicht ein. Die Leitung der Schule sei nicht bei denen, welche das Schulgeld zahlen, eventuell nicht zahlen sollen. Volkswirthschaftliche Grundsätze seien nur in den beiden ersten Theilen der Resolution enthalten. Die „Verantwortlichkeit der Eltern“ sei vieldeutig; der Geist des seligen Malthus sei dabei vor ihm aufgestiegen, aber Unentgeltlichkeit der Schule werde wohl auch vom Referenten nicht als Förderung leichtsinniger Kindererzeugung betrachtet werden. Auch nach Beseitigung des Schulgeldes sei der Umfang der elterlichen Verpflichtungen noch groß genug, um das Bewußtsein der moralischen Verantwortlichkeit zu schärfen; der Schulzwang entziehe den Eltern ja schon die Arbeitskraft der Kinder. Mit Gneist nenne er das Schulgeld eine Gebühr, da es nicht die volle Gegenleistung für eine Leistung sei; der ganze Werth des Geleisteten werde nicht bezahlt. Man schätze die Schulbildung darum doch hoch; auch wenn sie unentgeltlich gewährt werde. Man sagt: die Armenschulen würden gering geschätzt; diese beständen aber gerade neben dem Schulgeld; während die Unentgeltlichkeit das Prinzip der Gleichheit erfasse und dem Korrelat der allgemeinen Wehrpflicht entspreche. Der Staat gebe nicht blos für Volksschulen Mittel aus, sondern im Verhältniß weit mehr für höhere Unterrichtsanstalten. Die Konsequenz führe dann zur Aufhe-

bung des gesammten Unterrichtsbudgets, damit komme man zu einer Erörterung des Staatszweckes, der Kultur überhaupt. Wenn von einem „Schutzsystem" die Rede sei, so verdiene nichts im Staate wirklich höhern Schutz als die Schule. Er schlägt vor zu erklären: „die Unentgeltlichkeit des Volksschulunterrichts widerspricht den Grundsätzen der Volkswirthschaftslehre". Wenn sie überall zu erstreben, so sollte der Volksrath als solcher ihr nicht widerstreben. Der Grundsatz der Leistung und Gegenleistung treffe im öffentlichen Leben nicht zu; seine Durchführung würde zur Auflösung des Staates führen. Der Staat sei ein organisches Ganze, dem der Einzelne nach Kräften zu leisten habe; selbst in den Kommunen sei das Prinzip noch niemals völlig durchgeführt worden. Die Frage sei: gehört die Volksschule zu den allgemeinen Aufgaben, und wie sind die Mittel zu ihrer Unterhaltung am besten aufzubringen? Niemand verlange, daß alle Schulkosten durch die Eltern der schulpflichtigen Kinder aufgebracht würden; es handle sich nur um einen Ersatz. Das Prinzip der Leistung und Gegenleistung mache die öffentlichen Schulen im heutigen Sinne unmöglich; die Wohlhabenden würden ihre Kinder Privatschulen übergeben und der Staat daneben Armenschulen einrichten müssen. Sei das Schulgeld beträchtlich — ein unbeträchtliches habe keinen Sinn — dann sei diese Steuer ungleichmäßig vertheilt und könne von Armen nur durch gehässige Exekutionen beigetrieben werden. Das hohe Schulgeld neben dem Schulzwang erzeuge Klassen-Verbitterung, wenn der arme Mann überlege, wie viel der Staat für höhere Unterrichtszwecke ausgebe. Ein Primaner kostet zehnmal mehr als ein Sextaner; ein Student sechsmal mehr als ein Primaner. Der Kopf in der Volksschule erfordere durchschnittlich 4 Thlr., der Kopf in den höheren Schulen etwa zehnmal mehr Zuschuß. Die Unentgeltlichkeit des Schulunterrichts habe mit dem Sozialismus nichts zu thun; sie sei nur eine übrigens unzureichende Ausgleichung zu Gunsten der ärmeren Klassen. Damit solle nicht etwa eine Erhöhung des Schulgeldes in den höheren Bildungsanstalten gefordert werden, weil die Erwerbung der höheren Bildung außerdem viel kostet. Wo Schulzwang bestehe, sei das Schulgeld eine Steuer und zwar eine Kopfsteuer, welche die Familie gerade zur Zeit der schwierigsten Nahrungsverhältnisse am schwersten treffe. Die Schulgeldfrage sei keine sozialistische, sondern eine Steuerfrage. In der Volksschule bewirke das Schulgeld einen Riß zwischen den Kindern; die Einen zahlten, die andern nicht. Die Gegner der Unentgeltlichkeit des Schulunterrichts vergleichen dasselbe gern mit Gerichtssporteln, Briefporto u. s. w. Würden aber diese geschäftsmäßig nach dem Prinzip an Leistung und Gegenleistung berechnet? Sportelfreiheit würde zu frivolen Prozessen, Portofreiheit zu unnützem Korrespondiren führen. Die Analogieen mit Amerika, der Schweiz und England, die man anführt, träfen nicht zu. In Preußen sei die Unentgeltlichkeit des Unterrichts der Volksschule schon durch das Landrecht sanktionirt; das Gemeinnützige beruhe nicht darin, daß Jeder die Schule benutze, sondern daß die durch sie verbreitete Bildung zum gemeinen Besten diene. Die Frage heiße: sollen wir die Wohlhabenden besteuern oder die Armen belasten? Prof. Böhmert (Zürich) will einen Mittelweg empfehlen: nämlich zu fordern, daß „der Staat den Gemeinden die Erhebung von Schulgeld nicht verbiete oder unmöglich mache." Im Kanton Bern habe die Proklamirung der Unentgeltlichkeit des Volksschulunterrichts zur Herabdrückung des Schulwesens geführt, so daß das neueste dortige Schulgesetz ein gewisses mäßig bemessenes Schulgeld wieder habe zulassen müssen. Im Kanton Glarus sträube die souveräne Landsgemeinde sich mit Händen und Füßen gegen die französische Beglückungs-Schablone der unentgeltlichen Schule, wie der bekannte von dort herstammende schweizerische Staatsmann Heer sich ausdrücke. Die Forderung, daß der Staat durch Steuern die gesammten Schulkosten decke, führe in ihrer Konsequenz zu der andern, daß er auch für die gute Ernährung der Kinder sorge, daß er an gut genährten Bürgern fast ein noch größeres Interesse habe als an wohlgebildeten. In Genf z. B. begnügte sich die Sozialdemokratie auch schon nicht mehr mit der Unentgeltlichkeit der Schule, sondern fordere eine Vergütung an die Eltern für den Schulbesuch ihrer Kinder. Der Staat möge sich wie bisher an der Deckung der Schulkosten betheiligen, aber die Möglichkeit eines Beitrags der Eltern und damit zugleich die Steigerung der Leistungen des Schulwesens nicht abschneiden. Oberbürgermeister v. Winter (Danzig) will vom praktischen Standpunkt aus sprechen, den er länger als ein Vierteljahrhundert gehandhabt hat. Die Schulfrage sei keine volkswirthschaftliche, sondern eine eminent politische und technische, und es empfehle sich vielleicht die Erklärung, daß der Kongreß sich eines Ausspruchs enthalte. Die traurige Schilderung, welche Herr Dr. Wolff von unserem Volksschulwesen entworfen habe, sei leider nur zu begründet, und doch könne man im Großen und Ganzen auf die Leistungen dieser „halbverhungerten Lehrer" stolz sein. Der Staat solle noch gefunden werden, der Größeres geleistet habe, bei Allem was noch zu leisten bleibe. Das sei die Folge des Schulzwanges. Wenn man diesen Schulzwang nun aus einer sittlichen Pflicht des Staates herleiten müsse, so sei die Frage keine wirthschaftliche mehr; die Leistung der Schule den einzelnen Kindern gegenüber sei dem Staate gleichgiltig; er denke dabei zunächst an sein eigenes Wohl; ja er muthe der einzelnen Familie sogar die oft schmerzlich empfundene Verzichtleistung auf die Arbeitskraft des Kindes zu; das Prinzip von Leistung und Gegenleistung treffe also nicht zu. Auch sei das Schulgeld kein Aequivalent, insofern es nicht im entferntesten die Ausgabe decke; z. B. nicht die großen Kosten für die Errichtung der Schulhäuser; die Schulbaulast sei für die Gemeinden, was der Schulzwang für den Einzelnen. Die Parallele mit England treffe ebenfalls nicht zu; unsere Kommunalverhältnisse seien ganz andere. Unsere Kommunen seien lebendige Glieder des großen organischen Ganzen mit einem unerschöpflichen Umfang von Aufgaben; die englischen „Kommunen" seien Korporationen, Verbindungen zu einem bestimmten Zwecke, zur Unterhaltung einer Gasanstalt, einer Wasserleitung, einer Kanalisirung u. s. w. Der Staat gibt seinem Begriffe nach nichts aus für Bildungszwecke; in Danzig besteht z. B. keine einzige staatliche Bildungsanstalt; die Stadt unterhalte die Bildungsanstalten, erhebe Schulgeld und dispensire davon bei besonderem den Anlagen gemäßem Anspruch auf höhere Bildung die ärmeren Schüler. Das politische Moment habe uns aus den „Kirchenschulen" herausgeführt: die Aufhebung des Schulzwanges würde uns darein zurückfallen lassen. Das Landrecht kenne kein Schulgeld, die Unentgeltlichkeit sei ein Postulat der Verfassung; dieses wollte Herr v. Mühler beseitigen; der Kongreß würde sehr gut thun, nicht zu einem neuen Angriff auf ein Grundrecht der Verfassung zu ermuthigen. Er müßte sich auf seine Erfahrungen als Landrath und Bürgermeister berufen. Hier in Danzig werde der Werth des Unterrichts deshalb nicht minder geschätzt, weil er in den Volksschulen unentgeltlich sei. Die Schulfrage sei eine Frage der ernstesten Verantwortlichkeit der Gemeinden, der kommunalen Ehre, technisch genommen eine Frage nach der Zweckmäßigkeit des Besteuerungsmodus, wo denn das Schulgeld als eine Kopfsteuer der schlechtesten Art zu verwerfen sei. Von einer Ueberproduktion höherer Bildung könne bei uns wohl kaum die Rede sein; man solle das Volk ruhig bei seiner Werthschätzung dieses Kulturmoments lassen. Herr Seyffardt (Crefeld) freut sich, daß der Referent Dr. Wolff sich im Wesentlichen auf die Darbietung anregenden Materials beschränkt, die Entscheidung vom volkswirthschaftlichen Standpunkte aber abgelehnt hat. Für die Unentgeltlichkeit des Volksunterrichts seien die Herren Oppenheim und v. Winter siegreich eingetreten. Im Westen der Monarchie mehre sich von Jahr zu Jahr die Zahl der Gemeinden, die auf das Schulgeld verzichten, weil das Interesse für die Schule stetig wachse und das Eintreten für die Schule als eine große öffentliche Pflicht der Gemeinde anerkannt hat. Nur so lasse sich das finstere Gespenst, welches die schönen Rheinlande unsicher mache, bannen; die Agitation für die Unentgeltlichkeit des Volksschul-Unterrichts sei eine durchaus gesunde. Baron Hundt v. Hafften: die Ignoranz der Massen könne nicht energisch genug bekämpft werden; der Staat könne für Volksbildungszwecke nicht genug thun. Die Versammlung möge sich für die Resolution des Herrn v. Winter aussprechen und damit eine positive Grundlage schaffen. Die Debatte wird auf Mittwoch, eventuell Donnerstag vertagt. Schluß der Sitzung $2^1/_2$ Uhr.

Lokales und Provinzielles.

Posen, 26. August.

— Bei L. Friedrichsen und Co. in Hamburg ist eine Karte des ehemaligen Königreichs Polen von Dr. C. Wolff nach den Grenzen von 1772 nebst Angabe der Theilungslinien von 1772, 1793 und 1795 im Maßstabe von 1 : 3,000,000 erschienen. In der Besprechung derselben äußert sich die „Augsb. Allg. Ztg." wie folgt:

Wie die Karte vor uns liegt, fordert sie zu mancherlei Betrachtungen heraus. Sie reicht fast vom Schwarzen Meere bis an die Ostsee, von der Insel Oesel bis an die siebenbürgische Gränze, von Meseritz im Westen bis über Smolensk im Osten. Das war das alte Großpolen, ein Reich von mehr als 13,000 Quadratmeilen, welches das heutige Deutschland also um 3000 Quadratmeilen noch überragte. 4000 Quadratmeilen gingen in der ersten, 5600 in der zweiten und gegen 4000 in der dritten Theilung verloren. Der allergrößte Theil dieser abgetretenen Landschaften hat sich vortrefflich mit Preußen, Rußland oder Oesterreich assimilirt, während nur der Kern Großpolens, jener Theil der von wirklichen Polen bewohnt ist, noch heute den Untergang des Landes betrauert und auf dessen Wiederherstellung hofft. Polen war ein zusammenerobertes Land, in welchem die eigentlichen Polen die große Minderheit bildeten und in dem andere Nationalitäten nicht minder in politischer und religiöser Beziehung unterdrückt und unterjocht waren, wie heute die Polen selbst in Rußland. So lange die Moskowiter sich der Mongolen zu erwehren hatten oder noch nicht geeinigt waren, konnte Polen nach Osten hin ausgreifen und Klein- wie Großrussen, Kosaken und Tataren sich unterwerfen. Kiew die Wiege der russischen Macht, war bis in das 17. Jahrhundert eine polnische Stadt, die saporogischen Kosaken gehorchten Polen, Kurland bildete mit Semgallen ein Herzogthum unter der polnisch-litthauischen Krone. Nach der deutschen Seite hin rechnete Polen zu sich ganz Preußen mit den Wojwodschaften Kulm, Pomerellen, Marienburg u. s. w. Im Süden war sogar die Zips als Enklave in Ungarn zu Polen gehörig.

Ueber zwei Drittel der zum alten Großpolen gehörigen Länder waren aber der Nationalität nach nicht polnisch und nicht katholisch; eine Minderheit herrschte über eine ihr fremde Mehrheit, und daran schon mußte Polen zu Grunde gehen, da nach Westen hin die von ihm unterjochten Deutschen, nach Osten die von ihm bedrückten Russen Anschluß finden mußten. Es trägt ungemein viel zum Verständniß der unglücklichen polnischen Geschichte bei wenn man den ethnographischen Verhältnissen des Landes Rechnung trägt, und wir empfehlen auch für eine folgende Auflage der Karte die Einzeichnung der ethnographischen Gränze wenigstens der Polen in dieselbe, um zu zeigen wie sehr sie in der Minderheit sind, und wie es auf reine Spiegelfechterei hinausläuft von einer Wiederherstellung Großpolens zu reden. Wer das mit einem Schlag übersehn will, dem empfehlen wir den Atlas ethnographique des provinces habitées en totalité ou en partie par des Polonais. Par R. d'Erkert. (St. Petersburg 1863). Hier enthält das erste Blatt ein Tableau ethnographique, dessen Ergebniß etwa folgendes ist. Von den 28,000,000 Einwohnern welche heut in den Ländern Polen, Kurland, Kowno, Wilna, Grodno, Minsk, Witebsk, Mohilew, Wolhynien, Kiew, Podolien, Ost- und Westpreußen, Posen, Schlesien, und Galizien sich finden, also in den Ländern die wesentlich Großpolen ausmachten, sind Polen 8,950,000 Russen 8,821,000 Deutsche 5,660,000, Litthauer und Letten 2,100,000, Juden 2,360,000, verschiedener Nationalität 209,000. Mithin 19,150,000 Nichtpolen, gegenüber nur 8,950,000 Polen. Das gibt unserer Ansicht nach bei politischen Zukunftsfragen den Ausschlag, und eine Wiederherstellung Großpolens erscheint nur möglich nach einer vorausgegangenen Zertrümmerung Deutschlands, Rußlands und Oesterreichs.

— **Am Fuße des Schloßberges** ist bekanntlich im Laufe dieses Sommers auf dem Grundstücke der ehemaligen Heringsbuden unter Benutzung von einem Theile des Schloßberges an der Friedrichsstraße von Herrn Kratochwill ein stattlicher Neubau von 64 Fuß Länge aufgeführt worden. Dieser Bau war insofern mit vielen Schwierigkeiten verknüpft, als dabei die Fundamente des auf dem Schloßberge stehenden Appellationsgerichtsgebäudes gegen jede Gefährdung zu sichern waren. Durch die außerordentlich solide Ausführung des Neubaues mittelst Klinkern und Zement ist indeß jede Gefahr für das Appellationsgerichtsgebäude beseitigt worden. Nur unter der Bedingung, daß der Neubau eine Höhe von nicht mehr als drei Stockwerken erhalte, hat das Appellationsgericht einen Theil des Schloßberges hergegeben. Der Bau ist mit abwechselnden Lagen von getheerter Pappe und Kies gedeckt. Der Fuß des Schloßberges zwischen dem Neubau und dem Appellationsgerichtsgebäude ist mit Klinkern und Zement gepflastert worden, und steht die Benutzung des dadurch gewonnenen Hofes Herrn Kratochwill, der die Pflasterung auf seine Kosten hat ausführen lassen, frei. Der Brunnen an der Ecke des Appellationsgerichtsgebäudes, welcher eine Tiefe von ca. 35 Fuß hat, und bis 12 Fuß unter das Pflaster der Friedrichsstraße reicht, ist geschlossen worden, und wird wahrscheinlich zur Sicherung der Fundamente des alten Gebäudes ausgemauert werden. Das alte morsche Mauerwerk am Fuße dieses Gebäudes soll abgebrochen, resp. der frühere Gang nach dem Brunnen hin kassirt werden. Die Treppen, welche hinter dem benachbarten Günterschen Gebäude zum Hofe des Appellationsgerichtsgebäudes hinaufführen, sind in neuester Zeit mit Dächern versehen worden. Das Betreten dieser Treppen ist jedoch nur den Beamten des Appellationsgerichts gestattet.

— **Hrn. Sigmund Sarnecki**, ehemaliger Theaterdirektor zu Lublin im Königreich Polen, ist, wie die hiesigen polnischen Blätter aus glaubwürdiger Quelle erfahren, von dem Aufsichtsrathe der Theater-Aktiengesellschaft die Direktion des hiesigen polnischen Nationaltheaters übertragen worden. Bis zum 1. Oktober wird derselbe sein Bühnenpersonal zusammensetzen und von diesem Tage an die Vorstellungen beginnen.

— **Am Karmelitergraben** ist in neuester Zeit das tiefgelegene Terrain zwischen Graben und Karmeliterkloster, resp. Wiesenstraße durch Aufschüttung bedeutend erhöht worden, so daß es gegenwärtig fast überall schon dieselbe Höhe hat, wie die benachbarte Schützenstraße. Diese Aufschüttungen lassen die Besitzer derjenigen Grundstücke, welche an der anderen Seite des Karmelitergrabens liegen, auf ihre Kosten ausführen und gelangen dadurch in den Besitz des gewonnenen Terrains. Im Interesse der öffentlichen Gesundheit ist das Verschwinden jener tief gelegenen Wiesenstriche insofern zu bewillkommnen, als bei Hochwasser dieselben bisher durch Stauung von unterhalb her stets inundirt wurden, und auch nach Ablauf des Hochwassers lange Zeit sumpfig blieben, so daß die ganze Umgegend durch die von jenen Wiesen sich verbreitenden Miasmen verpestet wurde. Gleichzeitig wird gegenwärtig die Wiesenstraße erhöht, verbreitert und gerade gelegt, damit sie später einen Theil des Verkehrs von dem tief gelegenen Stadttheile nach dem Wildathor resp. Zentralbahnhof aufnehmen kann.

— **Ein Bettler.** Sonntag Vormittags bemerkte man auf St. Martin und den benachbarten Straßen einen Bettler in Bauerntracht, der sich hockend und kriechend dahinschleppte, übrigens noch jung zu sein schien, da im Gesichte keine Spur von Bart zu bemerken war. Es fiel dies um so mehr auf, da die ländlichen Bettler, welche sonst das Mitleid des Publikums auf ohrenzerreißende Weise in Anspruch nehmen, prinzipiell jede Bekanntschaft mit dem Bartscherer zu vermeiden scheinen. Nachmittags wurde nun dieser Krüppel auf der Wilhelmsstraße in der Nähe von Sterns Hotel wegen Bettelns durch einen Polizeibeamten verhaftet, und stellte sich im Polizeigefängnisse heraus, daß der Krüppel ein verkleidetes Frauenzimmer aus einer benachbarten kleinen Provinzialstadt war. Dasselbe hatte dort bisher täglich außer freier Wohnung eine Unterstützung von 2 Sgr. erhalten, war aber durch seinen Drang in die Ferne veranlaßt worden, sein Glück einmal auf dem Posener Pflaster zu versuchen. — Auch eine hiesige, vielgenannte junge Dame hatte vor Kurzem in einem öffentlichen Garten außerhalb der Stadt zur großen Erheiterung des Publikums sich in Herrentracht produzirt.

— **Auf der Wallischei** wurde Sonnabend Abends ein taubes und schwachsichtiges 60jähriges Mutterchen durch die Equipage eines hiesigen Generals zu Boden gerissen. Die Pferde hielten zwar sofort an, doch scheint der Schreck die alte Frau so sehr alterirt zu haben, daß sie (laut Mittheilung des „Dziennik") gestern früh verstarb.

— **Die hiesigen Droschkenkutscher** sind seitens der Polizeibehörde aufgefordert worden, vom 1. Januar künftigen Jahres ab ähnliche Uniformen, wie die Berliner Droschkenkutscher erster Klasse zu tragen. Die Droschkenbesitzer haben sich bereit erklärt, ihren Kutschern behufs Anschaffung der Uniform resp. stets sauberer Kleidung und Wäsche einen Zuschuß von monatlich 2 Thlr. zu gewähren. Die Droschkenkutscher, welche Anfangs entschieden gegen die Uniformirung gewesen waren, und überdies beschlossen hatten, wegen Nichtbewilligung eines höheren Lohnes seitens ihrer Prinzipale von Sonntag ab zu striken, haben sich nachträglich mit der Uniformirung einverstanden erklärt.

— **In der Nassen Gasse** fiel am Sonnabende ein Frauenzimmer, dessen Nüchternheit nicht sehr gepriesen wird, über das Treppengeländer eines Hauses herab, und trug einen Beinbruch davon, so daß sie nach dem städtischen Krankenhause geschafft werden mußte.

— **Vor dem Berliner Thor** werden die Arbeiten an der neuen Brücke, welche über die Posen-Thorner Bahn geführt wird, gegenwärtig mit dem größten Eifer gefördert und sind auch am Sonntage nicht ausgesetzt worden, da die Anforderungen des Verkehrs die schleunige Vollendung der Brücke erheischen.

— **Schlägereien.** Sonntag Nachmittags geriethen auf dem Hofe einer Destillation in der Dominikanerstraße zwei Landleute in Streit mit einander, wobei der eine mit einem stumpfen Instrumente eine Wunde am Kopf erhielt. — An dem Abende desselben Tages fand in einem besuchten Lokale auf der Wronkerstraße eine Schlägerei zwischen Militär und Zivil statt, welche glücklicherweise ohne erhebliche Verwundungen ablief.

— **Zwei Knaben** im Alter von 13—14 Jahren amüsirten sich am Sonnabend in der Kl. Gerberstraße damit, daß sie eine ziemlich große Düte Pulvers mit einem Streichhölzchen in Brand zu setzen versuchten. Dabei bekam der eine der Knaben fast die ganze Ladung ins Gesicht und trug nicht unerhebliche Verletzungen davon. Die weiteren Ermittelungen haben ergeben, daß die Knaben das Pulver von einem Bäckerjungen erhalten hatten, welcher vor einer Woche auf der Friedrichsstraße ein Bündel mit 6 Päckchen Pulver à $^1/_4$ Pfund gefunden, und diese Päckchen unter der Hand an mehrere Schüler verkauft hatte.

« **Birnbaum**, 22. Aug. [Wiederergreifung.] Mittelst telegraphischer Depesche war der hiesigen Polizeibehörde die Mittheilung gemacht worden, daß der Zigarrenmacher David Schlieper aus Bromberg, welcher wegen gewaltsamen Diebstahls in Driesen verhaftet worden war, aus dem dortigen Gefängnisse entsprungen sei. Dem hiesigen Stadtwachtmeister Eberstein ist es heut gelungen, den rc. Schl. zu verhaften. Derselbe ist geschlossen und unter sicherer Begleitung wieder nach Driesen befördert worden.

—r. **Kreis Bomst**, 25. August. [Hopfen. Flachs.] Seit einigen Tagen bereits hat die Hopfenpflücke bei uns begonnen und es finden bei derselben zahlreiche Arbeiterinnen, die mitunter meilenweit aus dem benachbarten schlesischen Kreise hierher kommen, eine sehr lohnende Beschäftigung. Das Ernteresultat, soweit es sich jetzt übersehen läßt, fällt ganz verschieden aus. Während nämlich die eine Plantage eine ziemlich volle Ernte liefert, wird aus der unmittelbar angrenzenden kaum $^1/_8$ erzielt. Im Allgemeinen ist daher nur auf eine mittelmäßige Ernte zu rechnen. In den letzten acht Tagen hat auch in vielen Plantagen die Qualität durch Stangenröthe sehr gelitten. — Die Flachsernte fällt den Erwartungen gemäß ganz ergiebig aus. Auf dem letzten Wochenmarkte in Wollstein sind auch schon viele Posten, die indeß nicht von guter Qualität waren, zum Verkauf gebracht worden, und haben zu mäßigen Preisen Abnehmer gefunden. Die Preise werden überhaupt voraussichtlich in diesem Jahre, angesichts einer ganz ergiebigen Ernte in allen Flachs produzirenden Distrikten des In- und Auslandes bedeutend niedriger als im vorigen Jahre sein. Während im vorigen Jahre der Zentner guter Waare bis 16 Thlr. bezahlt worden, dürfte heuer der höchste Preis sich auf 13 Thlr. belaufen.

w **Borek**, 24. August. [Gutsverkauf.] Das eine Meile von hier belegene, dem Oberamtmann Hrn. Eichmann gehörige Rittergut Goreczki ist vorgestern in das Eigenthum des Grafen Stolberg-Wernigerode für den Kaufpreis von 155,000 Thlr. übergegangen. Dasselbe hat ein Areal von 2210 Morgen, dabei noch etwas Forst und da der Kulturzustand ein guter ist, so ist die Acquisition für den Käufer eine um so vortheilhaftere, als Goreczki mit der Besitzung Nadenz grenzt und der Güterkomplex des Grafen im hiesigen Kreise dadurch um mehr als 2000 Morgen vergrößert wird.

△ **Grätz**, 22. August. [Hopfen. Bauten.] Die Hopfenernte hat am hiesigen Orte und in der Umgegend begonnen. In den hiesigen Hopfengärten ist dieselbe für die Produzenten zum großen Theile zufriedenstellend. Für die Dauer des Trocknens des gewonnenen Hopfens ist gutes Wetter wünschenswerth. Im Allgemeinen erhofft man eine Mittel-Ernte. — Das städtische Lazarethgebäude, welches die Kommune im v. J. erworben hat, ist mit einem Kostenaufwande von 183 Thaler gründlich in Stand gesetzt worden. Das in der Rakwitzerstraße belegene, dem Rittergutsbesitzer Beyme angehörige Gebäude, worin die Bureaus der Postverwaltung und die Wohnung des Postvorstehers Mühring befindlich, hat durch die darin ausgeführten Bauveränderungen, und den äußeren Abputz eine recht stattliche Veränderung erhalten, und trägt zur Verschönerung dieser Straße wesentlich bei.

Σ **Schwerin a. W.**, 24. August. [Gewinnschießen. Sedanfeier. Kinderfest.] Am 19. und 20. d. beging die hiesige Schützengilde ihr jährliches Gewinnschießen. Dazu waren für 50 Thlr. Gewinne — von 5 Thlr. bis herab zu 5 Sgr. — aus der Schützenkasse beschafft worden. — Zu der Sedanfeier am 2. September hat die hiesige Schützengilde 30 Thlr, der Landwehr- und Turnverein je 20 Thlr zur Disposition gestellt. Es haben sich Vorstände gebildet, die das Fest wollen, um dasselbe zu einem wahren Volksfeste zu gestalten. — Gestern fand hier das Kinderfest statt. Die Kinder der evangelischen, katholischen und jüdischen Schule wurden auf dem evangelischen Schulhofe aufgestellt, und marschirten von hier aus, an der Spitze eine Musikkapelle, dann folgten die Mädchen und Knaben, 1200 an der Zahl, durch die frequentesten Straßen über den Marktplatz nach dem neuen Schützenhause. Hier hielt der Oberpfarrer Großmann eine Ansprache, die mit einem Hoch auf den Kaiser endete. Dann begaben sich die Kinder auf die Spielplätze, theils innerhalb, theils außerhalb des Gartens belegen, und beschäftigten sich mit Turnen, Vogelschießen, Tanz, Gesang rc. Beim Einmarsch waren verschiedene Häuser illuminirt.

—l. **Unruhstadt**, 25. August. [Schießhaus.] Am 8. August wurde hierselbst der Grundstein zum Neubau eines Schießhauses gelegt. Die Feierlichkeit fand in Gegenwart der Schützengilde und der Ortsvorstände statt. In den Grundstein wurde eine versiegelte Flasche mit Schriften vermauert und nachdem einige dem Zweck entsprechende Vorträge gehalten und ein dreimaliges Hoch auf den Kaiser ausgebracht worden war, begab sich die Schützengilde in das Grundmannsche Hotel, woselbst die Festtheilnehmer bis zum späten Abend in freudigster Stimmung zusammenblieben.

⊙ **Bromberg**, 26. Aug. In Folge der Gegenwart des Kaisers bei der Grundsteinlegung zur Provinzial-Gewerbeschule dahier ist die Festfeier der hundertjährigen Vereinigung des Netzdistrikts mit der Krone Preußen auf den 14. Septbr. verlegt und das von mir kürzlich mitgetheilte Festprogramm wie folgt abgeändert worden:

Nachdem um 7 Uhr Morgens auf dem Friedrichsplatz Choral geblasen, beginnt um 11 Uhr vom Brunnenplatz aus der Abmarsch des Festzuges auf den Friedrichsplatz, wo eine Feier durch Gesang und Ansprache stattfindet. Um 12 Uhr marschirt der Festzug nach der Baugrube des Grundsteines der Gewerbeschule in der Schulstraße und stellt sich daselbst auf, worauf die Spitzen der Behörden den Kaiser am Bahnhof empfangen und das Komite ihn um $1^1/_2$ Uhr nach dem dekorirten Festplatz in der Schulstraße geleitet. Nach einem Choral und einer kurzen Festrede findet die Legung des Grundsteins für die Provinzial-Gewerbeschule statt. Um 2 Uhr wird der Kaiser nach dem Saal der Loge geleitet und ihm von den Ständen des Netzedistrikts eine Erfrischung servirt; worauf ihm die Stände und Deputationen des Distrikts vorgestellt werden. Um $2^3/_4$ Uhr wird der Kaiser auf den Bahnhof ge-

(Fortsetzung in der Beilage.)

leitet; um 4 Uhr ist Festdiner, großes Konzert für die Theilnehmer des Festzuges im Schützenhause nebst großem Feuerwerk. Abends um 9 Uhr allgemeine Illumination der Stadt. Daß das Fest der Bedeutung des Tages entsprechend gefeiert werde, soll eines jeden Deutschen Pflicht sein. Was wir hier sind, sind wir, unbeschadet der eigenen Kraft und des eigenen Strebens dennoch nur durch die kulturfördernde und schüzzende Hand der preußischen Regierung geworden, die nicht abgelassen hat, das Land zu heben, intellektuell wie materiell. Was sind nicht allenthalben für Anstalten zur gemeinnützigen Zwecken in den verflossenen hundert Jahren entstanden! Welch eine Fülle von Wohlthaten ist durch Legung des Kanals nicht allein jenem ganzen Völkchen geworden, daß an seinen beiderseitigen Ufern seine Wohnstätten aufgeschlagen hat, wo vorher vor Sumpf und Morast keine Hütte wegen der sich entwickelten Sumpfluft gesunde Bewohner bergen konnte! Wie sind die Städte gewachsen, ganze Dörfer neu erstanden, Schulen gebaut und die religiösen Bedürfnisse beider Konfessionen befriedigt worden! Daß in letzteren beiden Beziehungen die Mitbürger katholischer Konfession stets von der evangelischen bevorzugt wurden, ist statistisch ausgemacht. So sind für die Schulen katholischer Gemeinden von der Regierung nachweislich mehr Mittel aufgewendet worden, als für evangelische. Wir sind darüber erfreut, insofern die Regierung nie die gleiche Pflicht gegen alle Bürger zu erfüllen vergessen hat. Wir dürfen hier mit um so mehr Recht darauf hinweisen, als auch aus Anlaß dieser Feier von anderer Seite gegen die Wohlthaten der preuß. Regierung ungerechtfertigte Zweifel erhoben wurden.

△ **Bromberg**, 23. August. [Festlichkeiten. Kapelle.] Die nächste Zeit verspricht unserem Ort großartige Vergnügungen und Sehenswürdigkeiten. An dem Circus Salomonski wird rüstig gearbeitet, damit am 31. d. M. die Vorstellungen eröffnet werden können. Am 23. Oktober soll das große Ullman-Konzert stattfinden. Das Festprogramm der Grundsteinlegung der Gewerbeschule ist gestern veröffentlicht. Außer dem hierzu gewählten Zentral-Komite besteht noch ein Lokal-Komite und dieses theilt sich wieder in 5 Spezial-Komites. — Die zur Erhaltung und Förderung der Bauerschen Kapelle gezeichneten Beiträge werden jetzt eingezogen.

§ **Kreis Inowraclaw**, 24. August. [Gehaltsverbesserungen. Pockenkrankheit.] Von der Summe, die der k. Regierung in Bromberg zur Aufbesserung von Elementarlehrergehältern überwiesen worden sind, wie Ihr Inowraclawer Korrespondent bereits mitgetheilt, 680 Thlr. auf unsern Kreis gekommen. Da dieser etwa 220 Schulstellen hat, so würde die Aufbesserung jeder Stelle im Durchschnitt etwa 3 Thlr. betragen. Das Verhältniß ist freilich ein anderes, da von den 220 Lehrerstellen nur 24, also etwa 10 pCt. eine Gehaltsaufbesserung erfahren haben, so nothwendig gewiß für jede Stelle eine Verbesserung gewesen wäre. Die Höhe der Aufbesserung variirt zwischen 5 Thlr. und 89 Thlr. Die letztere Summe kam auf die Stelle von Kosciuszkowa-wola, deren Lehrer bisher, wie wir hören, nur ein so geringes Einkommen hatte, daß er neben der Schulmeisterei auch noch die Verwaltung der Gemeindeschuhmacherei übernehmen mußte, um sein Dasein zu fristen. — Es haben offizielle Erhebungen darüber stattgefunden, welche Ausdehnung die Pockenkrankheit in den Jahren 1870/71 im hiesigen Kreise gehabt hat. Nach diesen Erhebungen, deren Resultate nach der Natur der über die Krankheit angestellten Beobachtungen allerdings keinen Anspruch auf große Genauigkeit machen können, sind in den genannten Jahren im ganzen Kreise 841 Pockenerkrankungen mit 168 Todesfällen (20 pCt.) vorgekommen. Von Ungeimpften sind 56 erkrankt, 38 gestorben, (83 pCt.) von einmal Geimpften 760 erkrankt, 123 gestorben, (16 pCt.) von Revakzinirten 25 erkrankt, 7 gestorben, (28 pCt.) Den größten Umfang erreichte die Krankheit in Parchanie, von wo 42 Erkrankungs- und 9 Todesfälle berichtet worden. Dann folgen Strzelno-Amt mit resp. 37 und 6, Kijewo mit resp. 37 und 2, Dombrowka mit resp. 24 und 16, Górki mit resp. 32 und 7, Koscieliec mit resp. 32 und 6 Erkrankungs- und Todesfällen. Immerhin ergiebt auch diese Erhebung das Resultat, daß das Impfen, natürlich mit guter Lymphe, ein vorzügliches Präservativ gegen die Pockenkrankheit ist und von Zeit zu Zeit wiederholt werden muß.

Aus dem Jahresbericht der posener Handels-Kammer.

XIV. (Schluß.)

Ueber Einrichtung und Umfang des Verkehrs macht der Bericht folgende Angaben:

Der Verkehr bei dem hiesigen kaiserlichen Postamte ergab folgendes Resultat:

	1871.		1870.
Briefpostsendungen			
aus dem Orte selbst ...	59,688 Stück	—	48,870 Stück
von weiterher	1,887,336 „	—	1,361,792 „
Packetsendungen ohne Werthdeklaration	174,744 „	—	186,840 „
Geldbriefe und Packete mit deklarirtem Werth	88,560 „	—	109,368 „
der letztere betrug	26,858,070 Thlr.	—	27,628,182 Thlr.
Briefe und Packetsendungen auf denen Postvorschuß haftete	12,186 Stück	—	9,270 Stück
der letztere betrug	53,676 Thlr.	—	33,156 Thlr.
auf Postanweisungen:			
eingezahlt	724,197 „	—	633,697 „
ausgezahlt	948,816 „	—	995,400 „
Verkaufte Freimarken ...	1,845,507 Stück	—	1,707,642 Stück
Verkaufte Franko-Couverts	36,605 „	—	48,383 „
Verkaufte Streifbänder ..	46,200 „	—	39,100 „
dafür vereinnahmt	67,541 Thlr.	—	64,284 Thlr.
Mit den Posten reisten von hier ab	26,724 Pers.	—	26,566 Pers.
das Personengeld betrug .	34,181 Thlr.	—	33,702 Thlr.

An Postmandaten wurden in der Zeit vom 15. Oktober bis ult. Dezember v. J. aus Posen selbst 12 Stück im Betrage von 218 Thlr., von weiterher 108 Stück im Betrage von 2052 Thlr. befördert.

Bei der hiesigen Kaiserlichen Telegraphen-Station betrug die Zahl:

	1871	1870
der aufgegebenen Lokal-Depeschen .	55,395	48,310
der angekommenen Lokal-Depeschen .	53,882	47,136
der Durchgangs-Depeschen	87,540	85,244.

In der Provinz Posen sind bei Fertigstellung dieses Berichts, außer der Telegraphenstation am hiesigen Orte noch folgende Stationen vorhanden, und zwar: in Bromberg, Gnesen, Inowraclaw, Kreuz, Krotoschin, Lissa, Nakel, Ostrowo, Pleschen, Rawicz und Schneidemühl (mit vollem Tagesdienst), in Birnbaum, Borck, Chodziesen, Czarnikau, Exin, Filehne, Fraustadt, Gniewkowo, Grätz, Jarocin, Kempen, Kosten, Kostrzyn, Kozmin, Kurnik, Labischin, Lobsens, Meseritz, Miloslaw, Mogilno, Mroczen, Neustadt b. Pinne, Neustadt a. Warthe, Neutomysl, Obornik, Pinne, Rakwitz, Rogasen, Samoczyn, Samter, Schildberg, Schmiegel, Schönlanke, Schrimm, Schroda, Schubin, Schwerin a. W., Schwersenz, Stenschewo, Strzelno, Trzemeszno, Unruhstadt, Uszcz, Wirsitz, Wollstein, Wongrowitz, Wreschen, Wronke, Zduny und Zirke (mit beschränktem Tagesdienst.)

Bei dem Gesammt-Güterverkehr auf dem Bahnkomplexe Stargard-Posen-Breslau-Oswięcim war die hiesige Station betheiligt:

	1871.	1870.
in der Richtung Stargard-Oswięcim:		
als Versand-Station mit	337,515 Ztrn.	430,292 Ztrn.
als Empfangs-Station mit	539,112 „	560,117 „
in der Richtung Oswięcim-Stargard:		
als Versand-Station mit	321,235 „	405,891 „
als Empfangs-Station mit . . .	2,077,548 „	1,635,465 „

Bei dem Personenverkehr auf diesem Bahnkomplexe war die hiesige Station wie folgt betheiligt, und zwar:

	1871.	1870.
von hier wurden befördert:		
in der Richtung nach Stargard .	61,411 Pers.	56,346 Pers.
in der Richtung nach Oswięcim	117,201 „	115,015 „
nach hier wurden befördert:		
in der Richtung von Stargard .	73,826 „	68,728 „
in der Richtung von Oswięcim .	111,260 „	97,367 „

Bei dem Gesammt-Güterverkehr auf der Märkisch-Posener Eisenbahn war die hiesige Station im Jahre 1871 betheiligt:

als Versand-Station mit .... 539,159 Ztrn.
als Empfangs-Station mit .. 241,154 „

Vermittels dieser Bahn wurden
von hier ..... 51,398 Personen,
und nach hier ..... 59,037 „
befördert.

Der Wasserstand der Warthe am hiesigen Pegel war in den einzelnen Monaten des verflossenen Jahres wie folgt:

	höchster		niedrigster	
	Fuß	Zoll	Fuß	Zoll
Januar	4	10	3	3
Februar	15	9	3	2
März	18	6	6	5
April	6	2	4	5
Mai	4	7	2	9
Juni	4	1	2	—
Juli	4	—	2	10
August	5	10	2	10
September	3	1	1	5
Oktober	2	3	1	6
November	3	—	1	9
Dezember	3	6	1	11

Die Kahnfrachten für Getreide (per Wispel = 2100 Pfund) stellten sich: nach Berlin im Januar und Februar auf 4 Thlr., im März auf $3\frac{2}{3}$—3 Thlr., im April auf 3—$2\frac{5}{6}$ Thlr., im Mai und Juni auf $2\frac{5}{6}$—$2\frac{1}{2}$ Thlr., im Juli auf 3 Thlr., im August auf 3—$2\frac{1}{2}$ Thlr., im September auf $2\frac{1}{2}$—$2\frac{5}{6}$ Thlr., im November, nachdem im Okto- Frachtabschlüsse über Verladungen am hiesigen Platze fast gar nicht stattgefunden hatten, auf 4 Thlr. und im Dezember auf 4—$3\frac{2}{3}$ Thlr.

Die Kahnfrachten nach Stettin waren in der Regel 1 Thaler niedriger.

Ueber die Zahl der Kähne und Holzflöße, die einzelnen Ladungsobjekte u. s. w. können wir keine Angaben machen, da uns Stromberichte nicht zugegangen sind.

Der Bericht schließt mit einigen Mittheilungen über innere Angelegenheiten des Handels und Gewerbestandes. Wir heben Folgendes hervor:

Zur Gewerbesteuer wurden hierorts veranlagt:

		für das Jahr 1871.	1870.
Kaufleute	Kl. A. I.	45	47
„	„ A. II.	647	642
Händler	„ B.	846	801
Gast- und Schankwirthe ..	„ C.	287	267
Bäcker	„ D.	78	76
Fleischer	„ E.	110	105
Brauer	„ F.	9	9
Handwerker	„ H.	893	382
Müller	„ I.	10	10
Schiffer, Lohn- u. Frachtfuhrleute	„ K.	192	190
Hausirer	„ L.	14	9

Bei dem hiesigen königlichen Kreisgerichte waren bis zum Schlusse des Jahres 1871 in den Handelsregistern eingetragen und zwar:

im Firmenregister . 1280 Einzelfirmen
davon gelöscht . . 447 „
verblieben 833 Einzelfirmen (gegen 827 Ende 1870),
im Gesellschaftsregister 184 Handelsgesellschaften
davon gelöscht . . . 91 „
verblieben 93 Handelsgesellschaften (gegen 88 Ende 1870),
im Prokurenregister 143 Prokuren
davon gelöscht . . 67 „
verblieben 76 Prokuren (gegen 73 Ende 1870),
im Genossenschaftsregister 2 Genossenschaften.

Bei demselben Gerichte haben im Jahre 1871:
346 Handelsprozesse,
706 Wechselprozesse über fünfzig Thaler
und 792 Wechselprozesse bis inkl. fünfzig Thaler
geschwebt.

Im Jahre 1871 sind bei demselben Gerichte 17 Konkurse eingeleitet worden.

Die Einnahmen der Handelskammer haben im Jahre 1871 einschließlich des Bestandes ex 1870 . . . 2242 Thlr. 15 Sgr. 4 Pf.
die Ausgaben .... 1552 Thlr. 12 Sgr. 4 Pf.
betragen, und es verbliebe sonach zum Schlusse des Jahres ein Bestand von . 690 Thlr. 3 Sgr. — Pf.

Staats- und Volkswirthschaft.

Berlin. [Prozeß.] In einem soeben vom hiesigen Stadtgericht entschiedenen Prozeß hatte der Verkäufer von Inhaberpapieren am Stichtage Vormittags gegen den Käufer Protest erheben lassen, wobei letzterer dem protestirenden Notar die Abnahme der Papiere ausdrücklich ablehnte. Der Verkäufer ließ am gleichen Tage an der Börse die Papiere durch einen vereideten Makler verkaufen und klagte die Differenz zwischen Vertragspreis und dem beim Verkaufe erzielten Erlöse ein. Das Stadtgericht wies jedoch diesen Anspruch zurück. Weigerte der Verklagte, heißt es, am Vormittage des Stichtages die Erfüllung, so könne ununtersucht bleiben, welche Folgen dies gehabt haben möge; unbedingt sei dem Kläger daraus nicht die Befugniß entsprungen, in Abweichung des Artikels 357 Handelsgesetzbuchs vorzugehen. Aus der Differenz des Vertragspreises und dem bei stattgehabtem Verkauf „unverzüglich nach Ablauf der Zeit oder Frist“ erzielten Kaufpreise solle die Schadenshöhe ermittelt werden. Kläger habe einen anderen Faktor eingeschoben, indem er die Differenz zwischen Vertragspreis und Verkaufspreis am Stichtage ermittelte. Der Verkauf vor Ablauf der Frist sei ein verfrühter gewesen, um daraufhin die Schadensberechnung anzulegen.

Berlin. Aktien-Gesellschaft für Fabrikation von Eisenbahnbedarf. Der „B. B.-C.“ hört an der Börse, daß, da nunmehr sämmtliche Arbeiter in der Fabrik der Gesellschaft wegen ihrer unerfüllten Lohnerhöhungs-Forderungen die Arbeit eingestellt haben, die Fabrik seit heute geschlossen ist. Die Gesellschafts-Vorstände beabsichtigen den so unerwartet an sie herantretenden Forderungen nicht zu willfahren.

** **Berlin.** [Zentralbank für Bauten.] Der Aufsichtsrath der Zentralbank für Bauten hat auf Grund des § 5 der Statuten beschlossen, von dem darin festgestellten Aktien-Kapital 1,100,000 Thlr. zu emittiren, welche an der Dividende vom 1. Januar 1873 ab theilnehmen. Jeder Aktienbesitzer (die Stücke lauten à 100 Thlr.) ist berechtigt, eine seinem Besitz an den alten Aktien gleiche Anzahl der zu emittirenden Aktien al pari zu übernehmen, wenn er binnen vier Wochen von seinem Bezugsrechte Gebrauch macht und 10 % auf die zu zeichnenden Aktien baar oder in courshabenden Effekten bei der Gesellschafts-Kasse oder dem Bankhause Eduard Mamroth hierselbst deponirt. Die weiteren Einzahlungen sollen erst nach dem 1. Januar 1873 eingefordert werden. (B. B. Z.)

** **Die Geschäfte der preußischen Boden-Kredit-Aktien-Bank** haben neuerdings wieder einen so großartigen Aufschwung genommen, daß eine abermalige Erhöhung des Aktienkapitals zur unbedingten Nothwendigkeit geworden ist. Wie die „B. B. Z.“ vernimmt, soll mit Rücksicht darauf am 2. September eine Sitzung des Kuratoriums der Bank stattfinden, in welcher die Angelegenheit berathen und wahrscheinlich eine Verdoppelung des Aktienkapitals beschlossen werden wird. Die neu auszugebenden Aktien werden, wie gewöhnlich, den Besitzern der alten Aktien mit mäßigem Agio zur Verfügung gestellt werden.

** **Reichszolleinnahmen.** Vom kaiserlichen statistischen Amte ist die Nachweisung der Einnahmen an Zöllen und gemeinschaftlichen Verbrauchsteuern im Zollgebiete des deutschen Reichs für die Zeit vom 1. Januar bis zum Schlusse des Monats Juli d. J. aufgestellt worden. Danach beträgt die Gesammt-Solleinnahme aller in Frage kommenden Abgabenzweige 43,242,949 Thlr., nämlich Eingangs- und Ausgangszoll 23,140,364 Thlr., Rübenzuckersteuer 3,793,555 Thlr., Salzsteuer 5,490,887 Thlr., Tabaksteuer 231,821 Thlr., Branntweinsteuer 7,663 567 Thlr., Uebergangsabgabe von Branntwein 7155 Thlr., Braumalzsteuer 2,793,877 Th., Uebergangsabgabe von Bier 121,723 Thlr. An Bonifikationen sind von der Solleinnahme überhaupt 1,327,935 Thlr. herausgezahlt worden (5563 Thlr. Eingangszoll, 472,536 Thlr. Rübenzuckersteuer, 1516 Thlr. Salzsteuer, 21,990 Tabaksteuer, 818,618 Thlr., Branntweisteuer und 7711 Thlr. Braumalzsteuer), nach deren Abzug der Netto-Ertrag sämmtlicher Steuerzweige sich auf 41,915,014 Thlr. stellt. Von der oben nachgewiesenen Soll-Einnahme sind 22,752,117 Thlr. kreditirt worden, und zwar: Ein- und Ausgangsabgaben 11,303,332 Thlr., Rübenzuckersteuer 3,692,312 Thlr., Salzsteuer 4,061,474 Thlr., Branntweinsteuer 3,694,416 Thlr., Braumalzster 583 Thlr. Der Betrag der am Schluß des Monats Juli d. J. überhaupt noch ausstehenden Kredite belief sich auf 10,824,307 Thlr. Was die in den einzelnen Bundesstaaten während des oben gedachten Zeitraumes aufgekommenen Einnahmen aller Abgabenzweige betrifft, so stellen sich dieselben für Preußen auf 28,675,455 Thlr. und waren die einzelnen Provinzen hierbei folgendermaßen betheiligt: Ostpreußen mit 1,046,962 Thlr., Westpreußen mit 1,025,665 Thlr., Brandenburg mit 3,823,354 Thlr., Pommern mit 1,919,270 Thlr., Posen mit 1,321,959 Thlr., Schlesien mit 3,248,087 Thlr., Sachsen mit 4,563,796 Thlr., Schleswig-Holstein mit 1,004,969 Thlr., Hannover mit 2,215,771 Thlr., Westfalen mit 1,536,401 Thlr., Hessen-Nassau mit 1,443,627 Thlr., die Rheinprovinz mit 5,525,593 Thlr. Außerdem sind noch in den Hohenzollernschen Landen 30,179 Thlr., in Lauenburg 19,268 Thlr. und bei den vereinsländischen Hauptzollämtern Lübeck 186,526 Thlr., Bremen 235,294 Thlr. und Hamburg 581,593 Thlr. aufgekommen. Die Erträge in den übrigen Bundesstaaten waren folgende: Baiern 2,303,522 Thlr., Sachsen 3,027,020 Thlr., Württemberg 1,002,935 Thlr., Baden 1,746,986 Thlr., Hessen 799,763 Thlr., Mecklenburg-Schwerin und Strelitz 300,053 Thlr., Sachsen-Weimar 126,649 Thlr. Oldenburg 176,636 Thlr., Braunschweig 596,913 Thlr., Sachsen-Meiningen 226,554 Thlr., Sachsen-Altenburg 109,811 Thlr., Sachsen-Coburg-Gotha 116,678 Thlr., Anhalt 699,807 Thlr., Schwarzburg-Rudolstadt 49,359 Thlr., Schwarzburg-Sondershausen 21,700 Thlr., Reuß ä. L. 11,488 Thlr., Reuß j. L. 72,536 Thlr., Elsaß-Lothringen 1,955,069 Thlr. Unter der oben angegebenen Gesammteinnahme von 43 242,949 Thlr. sind außerdem 171,155 Thlr. einbegriffen, welche vom Januar bis ult. Juli d. J. im Großherzogthum Luxemburg aufgekommen sind.

** **Ueber das Aichen der Schankgefäße** ist jetzt eine Verordnung Seitens der Regierungen auf Grund des Gesetzes über die Polizeiverwaltung erlassen worden, welche vier Paragraphen umfaßt. Hiernach müssen alle für den Ausschank von Wein, Obst, Most, Bier und Branntwein bestimmten Gefäße jeder Art mit einem äußerlich eingeschliffenen, eingeschnittenen oder eingebrannten Striche versehen sein, welcher bei der Aufstellung des Gefäßes auf eine horizontale Ebene den Soll-Inhalt begrenzt. Außerdem sind die Gefäße nach Liter ihrem Inhalte nach der Art zu bezeichnen, daß die Bezeichnung neben den Strich zu stehen kommt. Zufällig sind nur solche Gefäße, deren Soll-Inhalt einer der von der Maß- und Gewichtsordnung zugelassenen Maßgrößen entspricht. Der Strich, welcher den Sollinhalt begrenzt, muß bei Schankgefäßen für Wein, Obst, Most und Branntwein wenigstens ein halber Zentimeter, bei Schankgefäßen für Bier wenigstens ein Zentimeter, bei Flaschen wenigstens zwei Zentimeter unter dem Rande liegen. Den Wirthen ist es freigestellt, die Bezeichnung ihrer Schankgefäße selbst vorzunehmen oder durch andere Personen vornehmen zu lassen; doch bleiben sie für die Richtigkeit verantwortlich. Endlich ist jeder Wirth verpflichtet, vorschriftsmäßig geaichte und gestempelte Flüssigkeitsmaße von dem seinen Schankgefäßen entsprechenden Inhalte im Schanklokale bereit zu halten, seine Schankgefäße durch den Gebrauch derselben zu untersuchen, auch die seinen Gästen und Kunden verabreichten Quantitäten nachzumessen, im Falle dies verlangt wird.

** **Rentabilität der 4. Wagenklasse.** Aus Berlin, 23. August meldet man der „F. Z.“: Der Rentabilität der 4. Wagenklasse ist neuerdings Seitens der meisten Bahnverwaltungen, welche dieselb- auf ihren Linien eingeführt haben, eine besondere Aufmerksamkeit zugewendet worden. Es hat sich nämlich fast überall herausgestellt, daß mit der Verringerung der die 4. Klasse führenden Züge die Einnahmen aus dem Personenverkehr unverhältnißmäßig geringer geworden sind. Bei mehreren Staatsbahnen soll daher die Einrichtung getroffen werden, daß nicht nur in alle Personenzüge, sondern nach Befinden auch in einzelne Güterzüge Wagen 4. Klasse eingestellt werden.

** **Zur Zahlung der französischen Kriegs-Kontribution.** Die „Semaine Financière“ meldet aus London: Das Deutsche Reichskanzleramt gab den Englischen Bank-Direktoren die Versicherung, daß es bei seinen Gold-Einnahmen mit höchster Mäßigung vorgehen werde, um jeder Geldkrisis von vorherein vorzubeugen.

** **Italienische Spiritussteuer.** Wiener Blätter schreiben: „Bekanntlich werden auch aus Oesterreich und Ungarn nicht unerhebliche Quantitäten Spiritus nach Italien importirt; der vertragsmäßige Eingangszoll für österreichischen, wie nicht minder für den deutschen Spiritus nach Italien ist 10 Francs für den Hektoliter. Nun hat die italienische Regierung seit zwei Jahren eine Spiritus-Fabrikations-Steuer von 20 Francs für den Hektoliter eingeführt, und da sie das vertragsmäßige Recht hat, für den Fall, als eine Verzehrungssteuer auf irgend einen Verbrauchsgegenstand ausgeworfen werden sollte, den Zoll um das Aequivalent dieser Steuer zu erhöhen, so benützte sie die neue Spiritus-Akzise, um den Eingangszoll von 10 Francs auf 30 Francs per Hektoliter zu erhöhen. Dagegen ließe sich durchaus nichts einwenden; die italienische Regierung hat jedoch mit zahlreichen größeren Spiritus-Fabrikanten Verträge geschlossen, nach denen diese statt der ursprünglichen, nach dem Hektoliter zu zahlenden Steuer eine Pauschal-Steuer bezahlen können und dann in ihrer Produktion ferner nicht überwacht und gehindert sind. Es ist bekannt, wie bedeutende Fortschritte die Alkohol-Industrie in den letzten Jahren gemacht hat, und die italienischen Fabrikanten, die mit ihrer Regierung ein derartiges Abkommen getroffen haben, sind nunmehr in der Lage, weit größere Quantitäten zu produziren, als bei Berechnung des Pauschal-Quantums vorgesehen wurde; sie versteuern daher ihr Erzeugniß weit billiger, während der Zoll auf das eingeführte Produkt unverändert bleibt. Diese Prozedur ist eine Vertragsverletzung und eine Benachtheiligung der ausländischen, speziell auch der österreichischen Spiritus-Fabrikation. Die deutsche Regierung hat aus diesem Anlasse bereits diplomatische Verhandlungen mit der italienischen Regierung gepflogen, die allerdings resultatlos blieben. Oesterreich ist bei dieser Frage in weit höherem Grade interessirt als Deutschland, und es wäre deshalb zu wünschen, daß unsere Regierung sich den Bemühungen der deutschen Regierung in dieser Richtung anschließt“. — In Betreff der Spiritusbesteuerung in Italien hat übrigens die Breslauer Handelskammer an das Reichskanzleramt wiederholt das Gesuch gerichtet, „dahin wirken zu wollen, daß die mit den Handelsverträgen in Widerspruch stehende Anordnung der königlichen italienischen Regierung zurückgenommen werde“.

** **Türkenloose.** Die Emission der Türkenloose soll übereinstimmend mit früheren Meldungen in der ersten Hälfte des nächsten Monats, wahrscheinlich am 11. September, stattfinden. Die in Deutschland abgestempelten, daher dort coursfähigen Loose — in runder Zahl 350,000 Stück — gelangen vorläufig nicht zur Emission.

Von der verbleibenden Anzahl Loose soll der größere Theil, ungefähr in der gleichen Höhe wie bei der ersten Ausgabe, zur öffentlichen Subskription aufgelegt werden, und zwar außer in Oesterreich, Belgien, Holland und der Türkei auch in Frankreich. Ueber den Emissionskurs verlautet noch nichts Bestimmtes. Emittenten sind bekanntlich außer der Anglo-Oesterreichischen Bank die Banque de Paris und die mit ihr verbündete Gruppe.

** **Ottomanische Schatzbons.** Die Vollzahlung der 9 pCt. Ottomanischen Schatz-Bons kann vom 26. d. Mts. ab bei dem Berliner Bankverein geleistet werden. Der Erscheinungstag des Effekts ist auf den 27. d. Mts. festgesetzt. Die Regulirung der p. 8 Tage nach Erscheinen gehandelten Stücke hat am 4. September a. c. zu erfolgen. Auf die vollgezeichneten Stücke sind die laufenden 9 pCt. Zisen vom 13. Juli a. c. zu berechnen. Die Umrechnung in Thaler hat c. 6¾ Thlr. = 1 Pfd. St. zu geschehen.

** **Suez-Kanal.** Die ordentliche General-Versammlung der Aktionäre des Suez-Kanals hat am 31. Juli Statt gefunden. Nach dem dabei verlesenen Berichte haben die Ausgaben für das Unternehmen im verflossenen Rechnungsjahre die Einnahmen um mehr als zwei Millionen Francs überstiegen. Dagegen hofft man für das neue Jahr in Folge der Erhöhung des Tarifs auf eine Einnahme von ca. 22½ Mill., der eine Ausgabe von 16 Mill. gegenüberstehen würde. Während der ersten sechs Monate des laufenden Jahres haben 887 Schiffe den Kanal passirt und 7,244,000 Frcs. Abgaben entrichtet, was gegen das vorhergehende Semester einen Mehrbetrag von etwa 45 pCt. ergiebt. Für die nächsten Monate rechnet man auf den bevorstehenden Truppenwechsel zwischen England und Indien, in Folge dessen 9 große Dampfer, von England nach Indien bestimmt, und 6 dergleichen von Indien nach England bestimmt, den Kanal benutzen werden.

Vermischtes.

* **Bald nach dem Feldzuge** von 1866 erschien eine königliche Bestimmung über die Bezeichnung der einzelnen Schlachten, Treffen und Gefechte als solche, bez. nach Ort und Zeit. Das Ausbleiben einer solchen Bezeichnung bringt vielfache Verwirrung in Büchern, Zeitschriften, Schulen ꝛc. hervor. Noch heute weiß Niemand, ob es heißen soll: Mars la Tour oder Vionville, ob Gravelotte oder St. Privat oder Vernéville, während unsere Feinde sogar die Schlacht am 16. August vielfach bei „Rezonville", die Schlacht am 18. August dagegen bei „Rozerieules" oder auch „Amanvilliers" nennen. Der Tag des 14. August wird abwechselnd „Courcelles" oder Pange oder Colombey oder Borny genannt. Den Tag des 31. August und 1. September vor Metz hat General Freiherr von Manteuffel „Noisseville", die Franzosen St. Barbe oder Rétonfay getauft. Noch größer ist die Verwirrung bei den Schlacht- und Gefechtstagen von Orleans. Da wirbeln Orleans, Loigny, Bazoches, Artenay ꝛc. für dieselben wie für ganz verschiedene Schlacht- und Gefechtstage herum; ähnlich die Tage von Beaugency und Umgegend, vom 8. bis 11. Dezbr., und bei Le Mans, vom 8. bis 11. Januar. Auch die beiden Schlachten in der Nähe von Amiens werden wechselnd bezeichnet, für die dreitägige Schlacht vor Belfort coursiren sogar vier Bezeichnungen: Belfort, Héricourt, Montbéliard und „an der Lizaine".

* **Neuer Kinderraub.** Der Fall der verschwundenen Anna Böckler — die übrigens neuerdings schon wieder einmal mit größter Bestimmtheit in Braunschweig gesehen sein soll — hat bereits Nachfolge gefunden. Nach amtlicher Meldung ist am 15. Juni d. J. Nachmittags aus dem Dorfe Vienau bei Stendal in der Altmark die 5½jährige Alwine Schulz, Stieftochter des Ackermanns Riebau daselbst verschwunden, ohne daß die bisherigen Nachforschungen irgend welche Spur von dem vermißten Kinde gegeben und unaufgeklärt gelassen haben, ob das Mädchen sich verirrt hat, ob es geraubt, getödtet oder sonst wie verunglückt ist. Die Alwine Schulz hat hellblondes Haar, blaue Augen, rundes Gesicht und ist ihrem Alter entsprechend körperlich und geistig gut entwickelt. Der Ackersmann Riebau hat demjenigen, welcher ihm seine Stieftochter lebend zurückbringt, eine Belohnung von 100 Thlr. zugesichert.

* **Thiers-Kultus.** Ein Pariser Blatt schildert die Reporterhetze in Trouville echt drastisch: „Ein Mann stürzt in den Laden einer Trouviller Krämerin: „Frau ..." — „Himmel, was haben Sie, Herr?" fragt die Krämerin. — „Der Präsident ... Entschuldigen Sie, ich ersticke, denn ich bin vom Hafendamme bis hierher gelaufen ... es galt, meinen Kollegen zuvorzukommen" ... (Er fällt erschöpft auf einen Stuhl.) — „Aber mein Herr, ich verstehe nicht, was Sie wollen!" — „Madame, der Präsident der Republik war in ihrem Laden." — „Ja." — „Um wie viel Uhr?" (Zieht eine Schreibtafel hervor.) — „Vor zehn Minuten." — „Um 3 Uhr 37 Minuten also. (Schreibt auf die Tafel.) Was hat er da gethan?" — „Er hat Jujubes gekauft." — „Jujubes! Welche Enthüllung! Herr Thiers hat also eine Grippe. (Schreibt.) Eine Grippe, von der Niemand etwas gemeldet hat. — Jujubes also? Von welcher Farbe?" — „Meiner Treu, Herr ..." — „Madame, ich beschwöre Sie, halten sie Ihre Erinnerung zusammen; Sie haben keine Ahnung von der Wichtigkeit derselben." — „Ich glaube, es waren zwei Farben." — Zwei Farben also? (Schreibt.) Wissen Sie, in was für Papier Sie die Jujubes gewickelt haben?" — „In eine dieser Düten hier." — „In diese Düten! (Ergreift etliche derselben.) Fragmente der Rede des Herrn Thiers im Juli 1870 gegen den Krieg! Welch wunderbares Zusammentreffen! Ich kaufe Ihnen alle Ihre Düten ab, Madame, was ist der Preis?" — „Aber ..." — „Hier fünf Francs. Sie schwören mir, Niemandem von unserer Entrevue zu sprechen. Abgemacht! Aber welche Korrespondenz für mein Blatt dies geben wird!" (Stürzt ab. Die Krämerin allein, ihm nachsehend:) „Was haben die Leute nur? Das ist schon der Dritte, der mich überfällt. Ich muß doch neue Düten machen für den Fall, als ein Vierter kommt."

* **Eine Mordgeschichte.** London, 22. August. Die Abendblätter sind voll von einer traurigen Mordgeschichte, bei der die handelnden Hauptpersonen leider Deutsche sind. Zwei junge Leute aus Berlin — so lautet augenblicklich der anscheinend zuverlässigste Bericht — hatten sich mehrere Tage lang in einem übel berüchtigten Hause in Langton Street im hauptstädtischen Bezirk Chelsea aufgehalten bis zum verwichenen Abend, wo gegen 9 Uhr eine von den weiblichen Insassen des Hauses in einer der oberen Stuben des Hauses zwei Schüsse vernahm. Sie eilte erschreckt die Treppe hinunter, holte eine andere Hausgenossin und eine von den Mägden herbei, und begab sich mit ihnen in das Zimmer, aus dem der Knall der Schüsse hervorgedrungen war. Dort lagen die beiden jungen Berliner in ihrem Blute. Einer, der auf dem Sopha ausgestreckt lag, war bereits verschieden. Der andere lag auf dem Boden in den letzten Zügen. Der Hauswirth sorgte sofort für ärztliche Hülfe, und als der Thatbestand aufgenommen wurde, stellte sich heraus, daß der auf dem Sopha Liegende mitten durchs Herz geschossen war, so daß augenblicklich der Tod erfolgte. Der junge Mann, der am Boden lag, wurde alsdann untersucht, und es zeigte sich, daß er mit raschen Schritten seinem Ende entgegen ging. Wenigstens war der Blutverlust so stark, daß man wenig oder gar keine Hoffnung für sein Aufkommen hat. Er war übrigens im Stande, zu erklären, er sei mit seinem Genossen übereingekommen, sie wollten einander erschießen. Später sei indessen dieser Plan dahin abgeändert worden, daß der junge Mann auf dem Sopha erst seinen Freund erschießen und dann den Revolver auf die eigene Brust richten sollte. Der letzte Theil des Vorhabens kam in der gewünschten Weise zur Ausführung, da Jener sich die Waffe dicht an's Herz halten konnte. Die erste Kugel dagegen ging dem Anderen unter dem Herzen durch. Die Namen der beiden jungen Leute werden einstweilen nicht mitgetheilt.

* **Ein Spiel der Natur.** Wie der „Aeskulap" meldet, wurde ein männlicher Dihypogastrikus mit Janusbildung als sechsmonatlicher Foetus am 8. d. M. in Pregrada geboren; er lebte nur eine Stunde; hierauf wurde er in Spiritus aufbewahrt und durch das dortige Physikat dem Museum übergeben. Die Verwachsung beider Knaben an der vorderen Fläche zeigte nachstehendes Bild: ein flacher Kopf, vorne und rückwärts je 1 Gesicht, jedes mit 2 Augen, 1 Nase, 1 Mund und 2 Ohren; 2 Hinterhauptstheile zur Seite gestellt, 1 breiter dicker Hals; 2 Brustkörbe mit dem Brustblatte vollkommen verwachsen, 2 Bauchhöhlen bis zum Nabel verwachsen, 1 Nabelschnur, 4 obere und 4 untere Extremitäten entsprechend ausgebildet.

Verantwortlicher Redakteur Dr. jur. Wasner in Posen.

Einladung zur Insertion!

In unserem Verlage erscheint künftigen Monat, wie alljährlich, der in den Provinzen Posen, Schlesien, Ost- und Westpreußen sehr verbreitete

Polnische Haushaltungs-Kalender
für das Jahr 1873.

Derselbe wird auch diesmal der Beliebtheit, welcher er sich in allen Schichten der polnischen Bevölkerung erfreut, aufs Neue gerecht werden. Seine Reichhaltigkeit, in allen auf den Haus- und Familienbedarf bezüglichen Mittheilungen, ist bekannt. Für die Lecüre werden sich die in demselben befindlichen Erzählungen „Kopernikowie“, „Anna Orzelska“ und „Wyprawa do miasta“ als ganz besonders passend und unterhaltend erweisen, ebenso enthält der Kalender für das praktische Leben die Erläuterungen über die neuen Maße und Gewichte ꝛc. Der polnische Haushaltungs-Kalender, dessen letzte Ausgabe bereits vor Ende des Jahres 1872 **gänzlich vergriffen war**, eignet sich auch vorzüglich für

Insertionen

und werden dieselben in Folge **seiner großen Verbreitung**, von außerordentlichem Erfolge begleitet sein.

Indem wir daher in der neuesten Ausgabe unseres Kalenders **Inserate** aufnehmen, erlauben wir uns darauf aufmerksam zu machen, daß der **Insertionspreis** für eine ganze Seite in Quartformat nur 10 Thlr., $1/2$ Seite 5 Thlr. 10 Sgr., $1/3$ Seite 3 Thlr. 15 Sgr. und für $1/4$ Seite 2 Thlr. 20 Sgr. beträgt. **Inserate**, deren Uebersetzung auch ins Polnische bewirkt wird, werden in unserm Comtoir Wilhelmsstraße 16, sowie durch unsere Colporteure entgegen genommen.

Posen, im August 1872.

Hofbuchdruckerei von W. Decker & Co.
(E. Röstel.)

Zaproszenie do inseratu!

Nakładem naszym wydany będzie w przyszłym miesiącu tak jak dawniejszemi laty rozpowszechniony licznie w W. Ks. Poznańskiém, Szląsku, Wschodnich i Zachodnich Prusach

Polski Kalendarz domowy
na rok 1873.

I tą razą przychylności ludu polskiego wszelkiego stanu, jakiéj pozyskać mu się poszczęściło, odpowie jak najsumienniéj. Obfitość treści jego, odnoszącéj się do potrzeb domowych i familijnych, jest znakomita. Za lekturę odpowiednią szczególniéj i zajmującą posłużą umieszczone w nim powieści: „Kopernikowie“, „Anna Orzelska“ i „Wyprawa do miasta“. Dla życia praktycznego mieści Kalendarz objaśnienia odnoszące się do nowych miar i wag itd. Polski Kalendarz domowy, którego nakład już przed schyłkiem roku 1872 **zupełnie rozkupiono**, szczególniéj także sposobi się do

Inseratow,

jakie, że **rozpowszechniony jest bardzo wielce**, do niepospolitych przyczynią się skutków.

Że zaś w wydaniu najnowszém Kalendarza naszego **inserata** umieszczać będziemy, przeto sobie pozwalamy zwrócić uwagę na to, że **opłata za umieszczenie** zajmujące całą stronę ćwiartkową tylko 10 tal., $1/2$ strony 5 tal. 10 sgr. $1/3$ strony 3 tal. 15 sgr., a $1/4$ strony 2 tal. 20 sgr. wynosi. **Inserata** w języku polskim ułożone, lub na język polski przetłómaczone, przyjmują kantor nasz przy ulicy Wilhelmowskiéj pod Nr. 16., jako téż nasi kolporterowie.

Poznań, w Sierpniu 1872.

Drukarnia nadworna W. Deckera i Spółki.
(E. Röstel.)

Bei **J. J. Heine** in **Posen, Markt 85**, ist vorräthig:
Einfache und doppelt-italienische

Buchführung

unter spezieller Berücksichtigung des Allgem. Deutschen Handesgesetzbuches, nebst Erläuterung der neuen deutschen Maß- und Gewichtsordnung, sowie einer Anleitung zu Berechnung ausländischer Wechsel und Staatspapiere zum Gebrauch für Jedermann.
Von **Gustav Bender**,
Bücherrevisor, Dir. eines Unterrichts-Instituts.
2. Auflage. 18 Bogen gr. 8. — $22^1/_2$ Sgr.

Mecklenburgische Hypotheken- und Wechselbank.

Wir bringen hiermit zur öffentlichen Kenntniß, daß wir für die Stadt und den Kreis Rawicz

Herrn **Hermann Kallmann** in Rawicz

eine Agentur für obige Bank übertragen haben.

Die General-Agentur für Posen
D. L. Lubenau Wwe. & Sohn.

Bezugnehmend auf vorstehende Bekanntmachung empfehle ich mich dem geehrten Publikum des Rawiczer Kreises zur Vermittelung von **unkündbaren** und **kündbaren** Hypotheken-Darlehnen bei der **Mecklenburgischen Hypotheken- und Wechselbank** und erlaube mir besonders auf die **weiten** Darlehnsgrenzen und die **sehr günstigen** Bedingungen dieser Bank für landschaftsbeleihungsfähige Liegenschaften aufmerksam zu machen.

Hermann Kallmann.

P. P.

Hierdurch erlaube mir einem hochgeehrten Publikum die ergebenste Anzeige zu machen, daß ich mit dem heutigen Tage hierorts **Breslauerstraße Nr. 9** ein

Juwelier-, Gold und Silber-Waaren-Geschäft

gut assortirt eröffnet habe.

Ich empfehle dasselbe dem Wohlwollen des hochgeehrten Publikums und hoffe, durch reelle Bedienung mir das Vertrauen und Achtung zu verdienen, wie ich dasselbe durch dreizehn Jahre in meinem Arbeitsgeschäft erworben habe.

Jede Bestellung in neuen Arbeiten, sowie Reparaturen werden wie immer gut und zu anerkannten Preisen gefertigt

Hochachtungsvoll
J. Ehlert.

Zweites Zeugniss des Vereins für praktische Gesundheitspflege.

Unter-Münsterthaler Kur-Anstalt bei Staufen in Baden, 26. 7. 72.

Herrn Karl Jacobi, Hygiëist, Berlin.

Den Grundsätzen obigen Vereins entsprechend, hat auch Unterzeichneter zunächst in seiner eigenen Familie folgenden interessanten Fall mit dem Königtrank als vorzügliches Blutreinigungs- und Stärkungsmittel beobachtet. Von meinen 5 Kindern wurde nur das älteste im Alter von $3/4$ Jahren im Hannoverschen anno 1863 geimpft. Seit der Zeit hatte das Kind seine ursprüngliche gesunde Lebensfrische verloren. — — Einen anderen interessanten Fall hatte Unterzeichneter an einem Kuranten, der zwei Mal geimpft war, als Kind und als Soldat, und im 23. Jahre bei einem 4 Monate anhaltenden kalten Fieber mit vielen Gewichtstheilen Chinin vergiftet wurde. Dieser hatte ein chronisches Halsdrüsenleiden, das periodisch mit Halssteifigkeit und Geschwulst, Schlundbeschwerden etc. auftrat, und am linken Fusse, dem Ober- und Unterschenkel an der Innenseite stark aufgeschwollene Krampfadern besass, die häufig bei Anstrengung Fusskrämpfe zur Folge hatten, ausserdem das Gefühl von Schwere im ganzen Körper. Nach Gebrauch des Königtrank wurde das Blut flüssiger, der Urin sonderte Niederschläge ab, die Halsdrüsen und Krampfadern verloren an Volumen, die ausser dem innerlichen Gebrauch des Königtrank auch noch mit denselben eingerieben wurden, bis die Flüssigkeit durch die Pooren in die Haut eingedrungen, und so dem Blute die heilenden und stärkenden Stoffe von innen und aussen zugleich zugeführt.

Eine noch gewaltigere Stärkung, schnellere Heilkrisis mit Genesung wird hervorgerufen, wenn man den Patienten neben dem Tranke noch ein Mumienbad mit 26—27° R. verordnet, welches aus 7—10 Liter warmen Wassers gemischt mit 1 Flasche Königtrank 5—15 Minuten lang verordnet und täglich 1—2 Mal angewendet werden kann. Nach diesem warmen Poorenaufschluss und Einsaugung der Heilstoffe aus der verdünnten Badflüssigkeit, wird die Haut auf einem Frottirbett, vermittelst eines rauen baumwollenen Handtuchs trocken frottirt und dann mit der flachen Hand 1—2 Esslöffel voll zuckerlosem Königtrank in die Haut hineingesalbt. Wer solche Operationen mit kranken und geschwächten Leibern vornimmt, kann wunderbare Heil- und Kräftigungsresultate vor Augen sehen. — Erst wenn die durch Unnatur, durch Medizin und Impfung Vergifteten nach solchen Naturkuren ein gereinigtes Normalblut — welches doch der Träger der Seele ist — erhalten haben und das überreizte Gehirn und Nervensystem — welches doch der Träger des Geistlebens ist — constanter geworden, so kann erst von besser kommenden Tagen die Rede sein, wo die Erkenntniss und Anwendung einfacher natürlicher Wahrheiten und die Heranbildung einer wahren christlichen Humanität mit weniger Egoismus möglich ist. Erst diesen nothwendigsten Grundstein körperlicher Gesundheit gelegt, so können die übrigen höher liegenden für Seele und Geist folgen, ohne Mangel an fester und breiter Grundlage.

Die finstern Geisteshelden des Mittelalters haben die geistliche Inquisition heraufbeschworen, die sich trotz der Reformation in Deutschland bis 1808 in Nürnberg erhalten, und die finstern Medizinhelden haben heute noch ihre Vergiftungs-, Ermordungs- und Folter-Verordnungen nach wissenschaftlichen Prinzipien mit staatlichem Schutzpatent im vollen Gange. Es giebt Thierschutzvereine, warum noch keinen Menschenschutzverein nach solchen furchtbaren Entdeckungen? Wehe denen, die es wissen und nicht verkünden! — Ihr ganz ergebenster

J. W. A. Huss.
Vice-Präsident des Vereins für praktische Gesundheitspflege.

Ein frequentes **Schankgeschäft** mit Liqueurstube ist vom 1. Oktober zu vergeben von
Schäfer & Lachmann
vorm. D. G. Baarth.

Bedeutende Laubholzbestände oder alljährliche Lieferung von 5000 Cubikmeter dieser Hölzer werden zu kaufen gesucht.
Offerten nebst Preis- und Orts-Angabe an **M. Ronneburger**, Oranienburgerstrasse 55, Berlin.

Der Verkauf

$1^3/_4$jähriger, geimpfter **Böcke** aus meiner Merino-Kammwollheerde (Krebsow-Boldebuck) beginnt am

14. September, Morgens 10 Uhr.

Wegen des frühen Verkaufs sind die Böcke am 12. April geschoren. **Preis** der Böcke von 6 bis **15***) Frdr. und 1 Thlr. an den Stall. Auf Anmeldung stehen am Verkaufstage Wagen auf dem $1/2$ Meile entfernten Bahnhof, sowie Böhmer's Hotel bereit.

Jargelin b. Anclam, im August 1872.

von Below.

*) In Nr. 396 und 398 dieser Zeitung war der Preis der Böcke irrthümlich mit 6—10 Frdr. angegeben.

Ein möbl Zimmer zu verm. Näheres S. Neumann, Hotel du Nord, Wilhelmsplatz Nr 3

Gut brennende **Pechfackeln** empfiehlt
Julius Scheding Nfgr.
Posen, Wallischei a. d. Brücke.

Original-Rheumatismus-Pflaster

von **A. F. Stehr** in **Leer.**

Dieses neu erfundene Mittel entfernt in überraschend kurzer Zeit rheumatischen Kopfschmerz, Zahnweh, Ohrenleiden, Brust-, Rücken-, Gelenk- und Gliederschmerzen. Durch die angenehme, namentlich aber reinlichste Anwendung und rapide Heilkraft, welche sich durch Alter und wiederholte Anwendung selbst nicht verliert, erfreut es sich eines bedeutenden Vorzuges vor allen Salben oder Schmierpflastern und sollte in jeder Familie schon deshalb nicht fehlen, weil es von neuentstandenen Rheumaschmerzen innerhalb 2 bis 5 Stunden gründlich befreit, worüber zahlreiche Atteste und Anerkennungen vorliegen. Preis pro Stück 1 Thlr.

In Posen zu beziehen bei S. Tucholski, in Birnbaum bei Julius Börner, in Bromberg bei Th. Thiel, in Nackel bei Adolph Sturzel, in Inowroclaw bei M. Latte, in Grätz bei A. Unger, in Krotoschin bei A. Levy.

Täglich frische **Tafelbutter** empfiehlt
R. Adam,
Wronkerstr.

Vorräthig in **Posen** bei
J. J. Heine Markt 85:

Der beredte Franzose.
Eine Anleitung, in sehr kurzer Zeit, ohne Hülfe eines Lehrers, leicht und richtig französisch sprechen zu lernen. 5. Auflage. Preis $7^1/_2$ Sgr.

Der beredte Engländer.
4. Auflage. Preis $7^1/_2$ Sgr.

Der beredte Italiener. Preis $7^1/_2$ Sgr.

Schleswig-Holsteinische Industrie-Lotterie,

bestehend aus 25,000 Loosen mit 6250 Gewinnen im Werthe von 72,425 Thl. und eingetheilt in 7 Klassen vertheilt auf ein Jahr.

Das Loos kostet durch alle 7 Klassen $5^1/_2$ Thlr. und die Gewinne bestehen nur aus praktischen Hausgegenständen und erfolgen franko Berlin. 1. Ziehung im November d. J.

Für den 8 Jahrgang resp. für die folgenden Jahrgänge obiger Lotterie werden qualifizirte Agenten unter vortheilhaften Bedingungen gesucht von dem

General-Agenten
F. Mühlberger
in **Berlin**, Charlottenstr 97.

Schuhmacherstr. 11 (Posthalterei) ein möbl. Parterrezimmer zu vermiethen.

Ein freundlich möbl. Zimmer ist zu verm. **Friedrichsstraße** 22, 3 Tr.



In hiesiger **original Holländer-Vollblut-Heerde** sind wiederum **sprungfähige Stiere** zum Verkauf gestellt. Für den Versand per Bahn, unter sicherer Begleitung, wird bereitwilligst gesorgt.

Bischwitz a/W., nur $3/4$ Meile von Breslau entfernt.

Freiherr von Seherr-Thoss.

1867.



Stollwerck'sche Brust-Bonbons.

1867.



Dies allgemein beliebte Hausmittel gegen trocknen Reizhusten, Heiserkeit, Rauheit im Halse, Verschleimung ꝛc. in Paqueten à 4 Sgr. stets vorräthig in **Posen** bei *A. Cichowicz* und bei *L. Kletschoff.*

162te.
Frankf. Stadt-Lotterie
Ziehung der VI. Klasse vom 11. bis 25. September cr.
Hauptgewinn ev. fl. 200,000.
Die Loose der VI. Klasse müssen bis spätestens den 9. September Abends 6 Uhr eingelöst werden.
Auch sind noch einige Kaufloose zu haben.
S. Litthauer.
Posen, Wilhelmsplatz Nr. 17.

Zu der am **13., 14. und 15. November c.** stattfindenden Ziehung der
König Wilhelm-Lotterie
4. Serie,
deren Hauptgewinn **15,000 Thlr.** ist, sind Loose (ganze à 2 Thlr., halbe à 1 Thlr.) in der **Expedition der Posener Zeitung** zu haben.

Greifswalder Pferde-Lotterie
Ziehung am 6. September c
Loose a 1 Thlr. bei
M. C. Hoffmann, T. Luziński.

Sandstraße Nr. 8 ein möblirtes Zimmer zu vermiethen.

Zwei Schreiber finden sof. Stellung bei R.-A. *Dockhorn.*

Eine elegante Wohnung ist per 1. Oktober zu vermiethen. Näheres bei
Schäfer & Lachmann
Dominikanerstraße.

Eine Wohnung, wenn möglich im oberen Stadttheil, von 3—4 Stuben und Küche wird vom 1. Oktbr. cr. zu miethen gesucht. Offerten bitte in der Exped. dieser Zeitung abzugeben unter der Chiffre *B 500.*

Von einem ruhigen Miether werden per Oktober 3—4 Zimmer nebst Zubehör gesucht. Gefl. Offerten nebst Miethsangabe werden in der Exped. d. Ztg. sub **No. 30** erbeten.

Markt Nr. 59 sind von Michaeli d. J. ab 2 Wohnungen, eine im Vorderhause 2 Treppen hoch, bestehend aus 5 Stuben, Küche, Speisekammer und Keller, zweite im Hinterhause aus 3 Stuben, Küche, Speisekammer nebst Holzstall, zu beiden gemeinschaftlicher Trockenboden, zu vermiethen. Zu erfragen beim Wirth Eingang von der Ziegenstraße Nr. 20.

Ein Brennerei-Eleve wird zu baldigem Antritt gesucht in **Welna** bei Rogasen, Prov. Posen.
Riemer,
Brennerei-Verwalter.

Ein unverheiratheter Branntweinbrenner, gute Zeugnisse nöthig, kann eine dauerhafte Stelle bekommen. Wo? ist zu erfahren bei *W. Osiecki*, in Posen, St. Martin 78.

Börsen-Telegramme.

[Amtlicher Bericht.] **Roggen** (per 20 Centner). Kündigungspreis 53½. Gekündigt 1000 Ctr. pr. August 53½ August-Sept. 52, Sept.-Okt. 51⅞, Herbst 51⅞. Okt.-Nov. 51¼. Nov.-Dez. 51.

Spiritus [mit Faß] (per 100 Liter = 10,000 pCt. Tralles). Kündigungspreis 23¼ pr. August 23¼, Septbr. 21¼, Oktbr. 18⅞, Novbr. 17½, Dezbr. 17½ Januar 1873 —.

[Privatbericht.] **Wetter:** windig. **Roggen** (pr. 1000 Kilog.) still. pr. August 53½ G., August-Sept. 52 bz. u. G., Sept.-Oktbr. 51⅞ bz. u. G., Oktbr.-Nov. 51¼ G., Novbr.-Dez. 51 G., 51¼ B., Frühjahr 51¾—51½ bz. u. G. April-Mai 51⅞ G.

Spiritus (pr. 10.000 Liter pCt.) etwas matter. pr. August 23¼ bz. Sept. 21¼ bz., Okt. 18⅞ bz. u. G., Nov.-Dezbr. im Verbande 17½ bz. u. B., April-Mai $17\frac{19}{24}$ bz. u. G., Mai $17\frac{11}{12}$ G.

Börse zu Posen

am 27. August 1872.

Fonds. Posener 3½% Pfandbriefe 95½ B., do. 4% neue do. 92⅛ bz., do. Rentenbr. 95½ G., do. Provinz.-Bankaktien 116 G., do. 5proz. Provinz.-Obligat. 100⅞ G., do. 5% Kreis-Obligat. 100¼ bz., do. 5% Obra-Meliorat.-Oblig. —, do. 4½% Kreis-Oblig. 95 B., do. 4% Stadtobl. II. Em. 91 G., do. 5% Stadt-Oblig. 100½ G., preuß. 3½ prozentg. Staatsschuldsch. 91½ B., preuß. 4proz. Staatsanl. 91 G., 4½-proz. freiw. do. 97 B., Nordd. Bundesanl. 100⅞ G., Märkisch-Posener Eis.-St.-Aktien 60⅞-61 bz., russ. Banknoten 82 B., ausländische do. 99⅞ G., Tellus-Aktien (Bninski, Chlapowski Plater & Co.) 106 G., Aktien Kwilecki, Potocki & Co. 112 B., Ostdeutsche Bank 113 B., Ostdt. Produkten-Bank 92 B., Provz.-Wechsler- u. Disk.-Bank 101 G.

Privat-Cours-Bericht.

Posen, 27. August. **Stimmung:** Fest.

Deutsche Fonds.

Posener 3½proz. Pfandbr. 91½ Gd.
dito 4proz. Pfandbr. 92½ bz.
dito 4proz. Rentenbriefe 95½ Br.
dito 5proz. Provinz-Oblig. 100½ Br.
dito 5proz. Kreis-Oblig. 100¼ Gd.
dito 4½proz. Kreisoblig. 94 Gd.
dito 4proz. Stadtoblig. 91½ Gd.
dito 5proz. Stadtoblig. 100¼ Gd.
Nordd. Bundesanl. 100⅞
Preuß. 4½proz. Konsols 103½
dito 4proz. Anleihe 95½
dito 3½proz. Staatsschuldsch. 91½
Köln-Mind. 3½proz. Präm.-Sch. 97

Ausländische Fonds.

Amerik. 6proz. 1882 Bonds 97½
dito dito 1885 Bonds 98½
Oesterr. Papier-Rente 60⅞
dito Silberrente 66—65⅞ bz.
dito Loose von 1860 94½
Italienische Rente 67½
dito Tabaks-Obligationen 95
dito Tabaks-Aktien 549½
Russisch-engl. 1870er Anl. 92½
dito dito 1871er Anl. 92⅝
Russ. Bodenkredit-Pfandbr. 92½ bz.
Poln. Liquid.-Pfandbr. 65⅝
Türk. 1865 5proz. Anl. 51⅝ bz.
dito 1869 6proz. Anleihe 62⅞
Türkische Loose 176

Bank-Aktien.

Berliner Bankverein 144⅞
dito Bank 131⅞
dito Produkten-Handelsbank 94⅞
dito Wechsler-Bank 107
Breslauer Diskontobank 143⅞ j. —
Kwilecki, Bank f. Landw. 111½ Gd.
Tellus-Aktien 106½—⅞ bz. Gd.
Meininger Kreditbank 165 j. —
Oesterr. Kredit 207⅛
Ostdeutsche Bank 113½ bz.
dito Wechslervereinsbank —
dito Produktenbank 92 bz. Gd.
Pos. Prov. Wechsl. u. Disk.-B. 101½—¾ bz. G.
Pos. Provinzial-Bank 114
Pos. Bau-Bank —
Schles. Bankverein 186

Eisenbahn-Aktien.

Aachen-Mastricht 47
Bergisch-Märkische 138½
Berlin-Görlitzer St.-Akt. 94⅞
Böhmische Westbahn 115½
Brest-Grajewo 42⅞
Crefeld, Kr. Kemp. 6proz. Stpr. 94
Köln-Mindener 174½
Galizier (Carl-Ludwigsbahn) 111⅞
Halle-Sorau-Guben 67⅞
dito Stammprior. 86⅞
Hannover-Altenbecken 75, II. —
Kronprinz-Rudolphsbahn 82½
Lüttich-Limburg 34½
Märkisch-Pos. Stamm-Akt. 61 bz.
dito Stamm-Prior. 85½ Gd.
Magdeb.-Halberstadt 3½proz. B. 90½
Oestr.-Franz. Staatsbahn 207½ bz. Gd.
Oesterr. Südbahn (Lomb.) 129¾ bz.
ultimo —
Ostpreuß. Südbahn 48⅞
Rechte Oderuferbahn 131½
Reichenberg-Pardubitz 83½
Rhein-Nahe 47 bz.
Schweizer Union 30
dito Westbahn 52⅞
Stargard-Posen 99⅞
Rumänische 46—½ bz.

Zentralb. für Handel u. Industr. 120½ Gd. Bresl. Oel-Akt. 107½ bz., 8 Gd.

Prämienschlüsse: Rückprämien: Pos. Wechslerb. 100/¾, 100½/½ p. Sept.

Produkten-Börse.

Berlin, 26 August. Wind: S. Barometer: 28⁴. Thermometer: 17° +. Witterung: schön. — **Roggen** wurde im Beginn der heutigen Börse eine Kleinigkeit billiger offerirt, hat jedoch dadurch so viel Aufmerksamkeit auf sich gelenkt, daß die Haltung allmälig an Festigkeit gewann und auch die Preise ihren vorgestrigen Standpunkt zurückerlangten. Der Umsatz auf Termine war mäßig und wenn loko der Handel fortwährend in Schranken gehalten wird, so ist hierfür immer in erster Reihe die geringe Auswahl verantwortlich. Gekündigt 4000 Ctr. Kündigungspreis 52⅞ Rt. per 1000 Kilogr. — **Roggenmehl** fest. Gekündigt 1500 Ctr. Kündigungspreis 7 Rt. 22½ Sgr. per 100 Kilo. — **Weizen** im Allgemeinen matt, nur August steift sich sehr trotz der sichtlich sich mehrenden Zufuhr per Bahn. Augenscheinlich ist die Hartnäckigkeit der Haussepartei wieder von größtem Nachtheil fürs künftige Geschäft. Gekündigt 6000 Ctr. Kündigungspreis 88 Rt. per 1000 Kilogr. — **Hafer** loko flau Termine still. — **Rüböl** fest und besser bezahlt. Umsatz leidlich gut. — **Spiritus** wenig verändert, Haltung matt zum Schluß. Gekündigt 90,000 Liter. Kündigungspreis 24 Rt. 13 Sgr. — **Weizen** loko per 1000 Kilgr. 79—89 Rt. nach Qual., gelb 85—86 ab Bahn bz., per diesen Monat 87½—88½ bz., Aug.-Sept. 81—80¾—81 bz., Sept.-Okt. 78½—¾ bz., Okt.-Nov. 76¾—⅞ bz., Nov.-Dez. 75¾ 76 bz., April-Mai 75⅞—76½ bz. — **Roggen** loko per 1000 Kilgr. 50—55 Rt. nach Qual. gef., alter 50½—51 ab Kahn, do. 51½—52⅞ ab Bahn bz., per diesen Monat 52½ ⅞ bz. August-Sept. —, Sept.-Okt. 52¼—½ bz., Okt.-Nov. 52⅜—⅝ bz., Nov.-Dez. 52⅜—⅝ bz., Frühjahr 52¾—⅞ bz., Mai-Juni 52⅞ bz. — **Gerste** loko per 1000 Kilgr. 46—58 Rt. nach Qual. gef. — **Hafer** loko per 1000 Kil. 38—49 Rt. nach Qual., neu poln. 41½—43½, schles. 43—46, pomm. 45 46⅜ ab Bahn bz. per diesen Monat 45 B., Aug.-Sept. —, Sept.-Okt. 45½ B., Okt.-Nov. 45 Rt., Novbr.-Dez. 44½ G. Frühjahr 45 — **Erbsen** pr. 1000 Kilgr. Kochwaare 49—55 Rt. nach Qual., Futterwaare 44—48 Rt. nach Qual. — **Raps** per 1000 Kilgr. —. — **Rübsen** per 1000 Kilogr. — **Leinöl** loko 100 Kilgr. ohne Faß 27½ Rt. — **Rüböl** loko pr. 100 Kilogr. ohne Faß 23 Rt., per diesen Monat 22⅞ bz., August-Sept. do., Sept.-Okt. 22⅞—$\frac{11}{12}$—⅞ bz., Okt.-Nov. 22$\frac{11}{12}$—⅞—⅞ bz., Nov.-Dez. 23¼ 23⅛ ¼ bz., April-Mai 23$\frac{7}{12}$—23¾ bz. — **Petroleum** raffin. (Standard white) per 100 Kilgr. mit Faß loko 14 Rt., per diesen Monat 13 Rt., August-Sept. do., Sept.-Oktbr. 13 Rt. bz., Okt.-Nov. 13$\frac{1}{12}$ bz., Nov.-Dez. 13¼ Rt. — **Spiritus** pr. 100 Liter à 100% = 10,000% loko ohne Faß 25 24 Rt. 23 Sgr. bz., per diesen Monat —, loko mit Faß —, per diesen Monat 24 Rt. 15—10—13 Sgr. bz., August-Sept. 22 Rt. 18—10 Sgr. bz., Sept.-Okt. 20—19 Rt. 26 Sgr. bz., Okt.-Nov. 18 Rt. 16—12 Sgr. bz., Nov.-Dez. 18 Rt. 3 1 Sgr. bz., April-Mai 18 Rt. 11—9 Sgr. bz. — **Mehl.** Weizenmehl Nr. 0 12—11½ Rt., Nr. 0 u. 1 11—10⅞ Rt., Roggenmehl Nr. 0 8½—7$\frac{11}{12}$ Rt., Nr. 0 u. 1 7⅝ 7$\frac{5}{12}$ Rt. per 100 Kilogr. Brutto unversteuert inkl. Sack. — Roggenmehl Nr. 0 u. 1 pr. 100 Kilgr. Btto., unverst. inkl. Sack, per diesen Monat 7 Rt. 22½ Sgr. bz. Aug.-Sept. 7 Rt. 21—2½ Sgr. bz., Sept.-Okt. 7 Rt. 20 Sgr. bz., Okt.-Nov. 7 Rt. 19 Sgr. bz., Nov.-Dez. 7 Rt. 18½ Sgr. bz. (B. H. Z.)

Stettin, 24 August. [Amtlicher Bericht.] Wetter: schön. + 18° R. Barometer 28' 5''. Wind: SW. — **Weizen** matt, p. 2000 Pfd. loko gelber geringer 72—77 Rt., besserer 77½—81½ Rt., feiner 82—85 Rt., neuer ord. 45—55 Rt., feinster bis 83 bz., August-Sept. 81½ bz., Sept.-Okt. 78 77¾ bz., Okt.-Nov. 77—76¾ bz., Frühjahr 76—75¾ bz. — **Roggen** etwas fester p. 2000 Pfd. loko geringer 46½—48 Rt., besserer 49—51 Rt., feiner neuer 53½—55 Rt., August, Aug.-Sept. und Sept.-Okt. 50—50½ bz., Okt.-Nov. 50½—¾ bz. Frühjahr 52—52¼ bz. — **Gerste** p. 2000 Pfd. loko alte 43—48 Rt., neue 50—51½ Rt. — **Hafer** p. 2000 Pfd. loko alter 36—46 Rt., neuer 44—45 Rt. — **Erbsen** ohne Umsatz — **Winterrübsen** p. 2000 Pfd. loko 100—103 Rt., Sept.-Okt. 103¾—103 bz., 103½ B. u. G. — **Rüböl** fest, p. 200 Pfd. loko 22⅞ Rt. B., August und August-Sept. 22⅓ B., Sept.-Okt. 22⅔, ¼ bz., B. u. G., April-Mai 23¼ G. — **Spiritus** fester, p. 100 Liter à 100% loko ohne Faß 24½ Rt. bz., mit Faß 24$\frac{1}{12}$ bz., August 25 bz., Aug.-Sept. 23$\frac{1}{12}$ bz., Sept.-Okt. 20 bz. u. B., Oktbr.-Novbr. 18⅓ G., Frühjahr 18¼, ⅓ bz., B. u. G. — **Regulirungspreise:** Weizen 82 Rt., Roggen 50 Rt., Rüböl 22½ Rt., Spiritus 25 Rt. — **Angemeldet:** 1000 Ctr. Weizen, 2000 Ctr. Roggen, 100 Ctr. Rüböl, 150,000 Liter Spiritus. (Ostf.-Ztg.)

Königsberg, 24. August. (Amtlicher Produktenbericht. In Quantitäten pro Tonne von 2000 Pfd. Zollgewicht.) — Weizen loko niedriger, hochbunter 82—87 Rt. B., bunter 75—83 Rt. B., rother 75—83 Rt. B. — Roggen loko fest, inländischer 45—52 Rt. B., loko russischer 42—48 B., pro August 47 Rt. B., 46¾ G., Sept.-Okt. 47 B., 46½ G. — Gerste loko große 38—44 Rt. B., kleine 38—44 Rt. B. — Hafer loko flau, 33—42 Rt. B., pro August — B., — G., Sept.-Okt. — B., — G. — Erbsen loko weiße — Rt. B., graue — B., grüne — B. — Bohnen loko — Rt. B. — Wicken loko — Rt. B. — Leinsaat loko feine 80 90 Rt. B., mittel 65—80 Rt. B., ordinäre 45—65 Rt. B. — Rübsaat loko flau, 85—101 Rt. B. — Kleesaat loko rothe pro 200 Pfd. — Rt. B., weiße — Rt. bz. — Thymotheum loko pro 200 Pfd. — Rt. B. — Rüböl loko pro 100 Pfd. ohne Faß — Rt. B. — Leinöl loko pro 100 Pfd. ohne Faß 13½ Rt. B. — Rübkuchen pro 100 Pfd. 2$\frac{5}{12}$—2½ Rt. B. — Leinkuchen pro 100 Pfd. — Rt. B.

Spiritus-Bericht. Spiritus loko ohne Faß per 100 Litres pro 100 pCt. Tralles und in Posten von mindestens 5000 Litres loko ohne Faß 24½ Rt. B., 23⅞ G., August 24 B., Sept. 23⅞ B., pro medio Okt. 21½ B., 21¼ G., 21½ bz., Okt. 20½ B. (K. H. Z.)

Magdeburg, 24. August. Weizen 76—82 Rt., Roggen 55—59 Rt. Gerste 54—65 Rt., Hafer 48—52 Rt. pro 2000 Pfd. (B. u. Hdls.-Z.)

Breslau, 26 August. [Amtlicher Produkten-Börsenbericht.] **Roggen** (p. 1000 Kilo) matter, pr. August 56½—⅜ bz., Aug.-Sept. 56¼ bz. u. B., Sept.-Okt. 55½—55 bz., Oktbr.-Nov. 54¾—½—¾ bz. u. B., Nov.-Dez. 54¼ bz., Dez.-Jan. 54 B., April-Mai 1873 54¾—⅞—¾ bz. — **Weizen** per 1000 Kilo per August 85 B. — **Gerste** per 1000 Kilo per August 49½ B. — **Hafer** per 1000 Kilo per August 41 B. — **Raps** per 1000 Kilo per August 100 G. — **Lupinen** —. **Rapskuchen** —. **Leinkuchen** —. — **Rüböl** per 100 Kilo behauptet, loko 23½ B., pr. August 22⅞ bz., August-Sept. 22¾ B., Sept.-Okt. 22⅞—¾ bz. u. B., Okt.-Nov. 22¾ B., Nov.-Dez. 22¾—⅞ bz., April-Mai 1873 23½ B. — **Spiritus** pr. 100 Liter à 100% fester loko 24$\frac{1}{12}$ B., 23¾ G., August 23$\frac{1}{12}$ bz. u. G., August-Sept. 22 bz., Sept.-Okt. 18⅝ bz. u. G., ¾ B., Okt.-Nov. 17⅞ bz., Nov.-Dez. 17$\frac{7}{12}$ G., April-Mai 1873 17$\frac{11}{12}$—18 bz., in einem Falle 17⅞ bz. — **Zink** ohne Umsatz.

Die Börsen-Kommission.

Breslau, den 26 August.

Preise der Cerealien.

		In Thlr., Sgr. und Pf. pro 100 Kilogramms. feine			mittle			ord. Waare.		
Festsetzungen der polizeil. Kommission.	Weizen w.	8	26	—	8	12	—	7	20	—
	do. g.	8	8	—	8	2	—	7	20	—
	Roggen	6	3	—	5	28	—	5	19	—
	Gerste	4	25	—	4	15	—	4	10	—
	Hafer neu	4	4	—	4	—	—	3	28	—
	Erbsen	5	15	—	5	—	—	4	20	—

Per 100 Kilogramm Netto

		feine Thl.	Sgr	Pf	mittle Thl.	Sgr	Pf	ord. Waare Thl.	Sgr	Pf
Festsf. d. v. d. Handelsk. eing. Komm.	Raps	10	—	—	9	20	—	9	5	—
	Winterrübsen	9	20	—	9	5	—	8	20	—
	Sommerrübsen	9	12	6	8	20	—	7	25	—
	Dotter	8	22	6	8	—	—	7	5	—
	Schlaglein	9	12	6	8	27	6	8	—	—

(Brsl. Hdls.-Bl.)

Bromberg, 24 August. — Wetter: schön. Morgens 10° +, Mittags 17° +. — **Weizen:** 125—128pfd. 74—80 Thlr., 129—131pfd. 81—83 Thlr. pr. 1000 Kilogramm. — **Roggen** 120—122pfd. 51—52 Thlr. pr. 1000 Kilogramm. — **Winterraps und Rübsen** ohne Zufuhr. — **Spiritus** 24 Thlr. pr. 100 Liter à 100 %. (Bromb. Ztg.)

Berliner Viehmarkt.

§ **Berlin,** 26. August. Auf heutigem Viehmarkte waren an Schlachtvieh zum Verkauf angetrieben: 1599 Stück **Hornvieh**, 6493 Stück **Schweine**, 17273 Stück **Schafe**, 834 Stück **Kälber**. — Der Markt für Hornvieh verlief heute leidlich glatt und bei gebesserten Preisen, deren niedriger Standpunkt an den letzten Markttagen heute eine größere Anzahl von Käufern für den Export herangezogen hatte. Für 1. Waare, die verhältnißmäßig wenig vertreten war, wurden durchschnittlich 20 Thlr., in einzelnen Fällen auch darüber bezahlt, 2. Qualität brachte 14—16 Thlr., 3. 10—12 Thlr. pro 100 Pfd. Schlachtgewicht. Für Schweine war der Markt besser als vor 8 Tagen, aber nicht so gut als am verflossenen Freitage; es stellte sich zwar ein recht reger Begehr heraus, hatte indeß auch ein ziemlich bedeutender Auftrieb stattgefunden. Der Preis stellte sich ca. auf 19 Thlr. pro 100 Pfd. Schlachtgewicht. Auch das Kälbergeschäft verlief nicht ganz so glatt wie am Freitage, doch wurden ziemlich gute Preise erzielt. Hammel verblieben fest auf ihrem stabilen Preise von 7—8 Thlr. pro 45 Pfd.

Preis-Courant

pro 100 Pfund
der Mühlen-Administration zu Bromberg
vom 9. August 1872.

Benennung der Fabrikate.	Unversteuert, Thl.	Sgr	Versteuert, Thl.	Sgr	Benennung der Fabrikate.	Unversteuert, Thl.	Sgr	Versteuert, Thl.	Sgr
Weizen-Mehl Nr. 1.	6	16	7	16	Futter-Mehl	1	28	1	28
" " " 2.	6	2	7	3	Kleie	1	22	1	22
" " " 3.	4	4	—	—	Graupe Nr. 1.	7	24	8	7
Futter-Mehl	1	28	1	28	" " 3.	5	26	6	9
Kleie	1	10	1	10	" " 5.	4	4	4	17
Roggen-Mehl Nr. 1.	4	12	4	19	Grütze Nr. 1.	4	20	5	3
" " " 2.	3	28	4	5	" " 2.	4	10	4	23
" " " 3.	2	18	—	—	Koch-Mehl	2	24	—	—
Gemengt-Mehl (hsb.)	3	24	4	1	Futter-Mehl	1	20	1	20
Schrot	3	—	3	5					

Märkisch-Posener Eisenbahn.

Posen, 1. Mai 1872.

Ankunft.		Abgang.	
Personen-Zug Vormittags	7 Uhr 54 Min.	Personen-Zug Morgens	6 Uhr — Min.
Schnell-Zug Nachmittags	3 - 38 -	Schnell-Zug Vormittags	11 - 8 -
Personen-Zug Abends	10 - 17 -	Personen-Zug Nachmittags	3 - 42 -

NB. Die Personen-Züge enthalten I.—IV. Klasse, die Schnellzüge nur I.—III. Klasse.

Druck und Verlag von W. Decker & Co. (E. Röstel) in Posen.